



## GEIST / MEINUNGEN

### "Wende"-Zeiten in der DDR 3. Teil

*(Feldbauer)* - Entgegen den verbreiteten Lügen, beim Anschluss der DDR an die BRD als "friedlicher Revolution" habe es keine Toten gegeben, sieht die Realität auch hier anders aus. Die Verlierer der Geschichte wurden nicht, wie der damalige Justizminister der BRD, Kinkel erklärte, in Lager gesperrt ... (S. 13)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Irak Iran - USA und übrige im Vorkrieg um Ressourcen ...

*(SB)* - Soleimani war ein schädlicher General, der von den mobilisierten irakischen Arbeiter\*innen und Jugendlichen gehasst wurde, genauso wie sie das gesamte korrupte Regime, das der Iran und die USA seit 2003 errichtet haben, zu hassen beginnen. Es ist jedoch nicht die Hand des Imperialismus ... (S. 5)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Erdogan - offensive Strategie ...

*(SB)* - "Unsere Soldaten sind jetzt dabei, schrittweise dorthin zu gehen." Aufgabe der türkischen Soldaten in Libyen sei "Koordination" und die Einrichtung eines ... (Seite 8)

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### Es wurde Markt: Die EU und ihr Hinterhof

*von Amelie Lanier, Untergrund-Blättle, 5. Januar 2020*



*Grenzübergang Nadlac - Nagylak - rumänische Seite - Autostrada A1  
Bild: © Raimond Spekking | CC BY-SA 4.0 via Wikimedia Commons*

Wenn man im "alten" Europa auf einer Autobahn unterwegs ist, die Richtung Osten führt, so fährt man an endlosen Lastwagenkolonnen vorbei. Die Kennzeichen stammen meistens aus den neuen EU-Ländern wie Polen, Ungarn, Slowakei oder Bulgarien.

Was wäre die EU ohne die Märkte, die sie sich nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und der Auflösung des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten) geschaffen hat?

Solange dort die Bewohner dieser Staaten in der westlichen Leseweise unter dem Joch des Kommunismus schmachteten und bei ihnen "Misswirtschaft" herrschte, waren diese Nationalökonomien durchaus imstande, ihre Bewohner halbwegs zu kleiden, zu behausen, zu ernähren und mit anderen Gütern des täglichen Bedarfes auszustatten.

Heute kommt das meiste dieser Waren auf der Achse aus den westlichen EU-Staaten, oftmals hergestellt durch Arbeitskräfte des Ziellandes, aber eben in der BRD, Holland, Frankreich oder Spanien.

## Was ist da geschehen?

Die Zerstörung der Landwirtschaft der ex-sozialistischen Staaten vollzog sich in mehreren Schritten.

Der erste war das Ende des RGW und die Umstellung des bilateralen Handels von Barter-Natural-Tausch auf Basis von Transferrubel auf Devisenzahlung. Die ersten, die Devisen forderten, waren die Visegrád-Staaten (Ungarn, Tschechoslowakei, Polen). Da alle Devisen wollten und keiner welche hatte, verloren die Agrarproduzenten und die Lebensmittelindustrie (und nicht nur sie) auf einen Schlag ihre Absatzmärkte im Osten.

Der nächste Schritt war die Schliessung der westlichen Märkte. Während des Kalten Krieges war der Export von Lebensmitteln in den kapitalistischen Westen oftmals die Haupt-Devisenquelle für realsozialistische Staaten. Die westlichen Regierungen liessen auch nur und gerade Lebensmittelimporte zu, um erstens ihre Lebensmittelversorgung für die arbeitende Menschheit zu verbilligen und zweitens durch Erzeugung von Lebensmittelknappheit "drüben" Unzufriedenheit zu erzeugen.

Nach der Wende war damit Schluss. In den Assoziationsverträgen wurden die Lebensmittel entweder mit Quoten eingeschränkt oder mit Zöllen belegt, sodass sie sich gegenüber den eigenen subventionierten LW-Produkten verteuerten und dadurch nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Denjenigen Staaten, die bereits unter Kuratel des IWF standen -

Ungarn (Beitritt 1982), Polen (Beitritt 1986), Rumänien (Beitritt 1972) und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens (Jugoslawien war Gründungsmitglied des IWF, seit 1945) - wurde von den IWF-Zuständigen zudem jede Art von Unterstützung ihrer Landwirtschaft aus dem Budget oder durch Naturalzuwendungen wie Gratis-Treibstoff untersagt, als "wettbewerbsverzerrend".

All das unter dem Beifall der Medien, die von den Ex-RGW-Staaten forderten, ihre agrarischen "Überkapazitäten" abzubauen, bevor sie an einen EU-Beitritt denken könnten!

In denjenigen Staaten, in denen die Landwirtschaft kollektiviert betrieben worden war - Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei - wurde sie in wenig transparenten Verfahren privatisiert, was zu einem rapiden Verfall der Be- und Entwässerungssysteme und der Maschinenparks führte und den bereits erreichten Stand der maschinellen Produktion auf die Entwicklungsstufe der Pferde- und Ochsespanne, sogar die Wiederentdeckung des Esels als Zugtiers zurückwarf. Ausserdem kam es zu einer Immobilienspekulation und ungeklärten Besitzverhältnissen, wodurch viel Land nicht mehr bestellt wurde.

Schliesslich war noch ein weiterer Stoss für ohnehin schon sehr reduzierte landwirtschaftliche Tätigkeit das Eindringen westlicher Supermarktketten, die subventionierte und mit Agrarchemie vollgepumpte, durch prekär Beschäftigte geerntete und verarbeitete Lebensmittel teilweise unter den Herstellungskosten an-

boten und damit die verbliebene einheimische Produktion aus dem Rennen warfen.

Sobald dann wirklich kein einheimischer Schlachthof, keine Mühle in der Nähe mehr in Betrieb ist, kann man mit den Preisen hinaufgehen und die vorherigen Verluste wieder wettmachen, so geht zumindest die Kalkulation. Wenn es nicht hinlängert, so sperrt man die Bude halt zu und die Leute können entweder mit dem Auto zum nächsten Hypermarkt fahren, oder aber zu irgendwelchen teureren Nahversorgern gehen, die das Zeug vorher bei den gleichen Supermärkten drei Ortschaften weiter eingekauft haben und mit Aufschlag verkaufen.

Der traditionelle Gemüsegarten und die Hühnerhaltung werden auch aufgegeben, weil Saatgut, Dünger und Viehfutter für die Minigehälter und -pensionen inzwischen zu teuer sind ...

Ein guter Teil des Inhalts dieser LKWs sind also Lebensmittel, die früher in diesen Staaten hergestellt wurden, mit bedeutend mehr Nährwert und weniger Gift drinnen.

Um die Zerstörung der industriellen Kapazitäten der EU-Hinterhöfe richtig würdigen zu können, muss man sich vor Augen halten, dass der ganze Sozialismus für viele seiner Parteisoldaten seine Attraktivität darüber hatte, dass er ihnen die in der vorherigen internationalen Arbeitsteilung "verweigerte" Industrialisierung ermöglichte, in einer Art nachholender Entwicklung. Die Industrie war der ganze Stolz, die Belegschaften der

Fabriken marschierten bei diversen nationalen Feiertagen auf und priesen den Fortschritt, den sie sozusagen verkörperten und den anderen ermöglichten.

Während die Landwirtschaft immer eine Art Stiefkind der sozialistischen Parteien und Rhetorik war, lief ein bedeutender Teil des nationalen Selbstbewusstseins über die Fabriken ab, über die dort hergestellten Produkte, und die Parteigrößen schmückten sich gerne über die Eröffnung neuer Produktionsstandorte und Vorzeigebetriebe im Industriesektor.

In den 70-er und 80-er Jahren kriegte diese prästabilisierte Harmonie des steten Fortschritts deutliche Risse - vor allem dank des Westhandels und des Vergleichs, dem sich die sozialistischen Betriebe dabei aussetzten. Sozialistische Politiker und Betriebsleiter schielten neidig auf vermeintliche bessere und billigere West-Produkte. Auf den Universitäten machte sich die Lobpreisung des "Wettbewerbs" breit, und irgendwann gab es immer mehr saure Gesichter über die technologische Zurückgebliebenheit der sozialistischen Betriebe, und über die Rücksichten, die sie auf ihre Belegschaft nehmen mussten.

Und so entstanden die "Reformer": Parteimitglieder in den höheren Ebenen der Staatsapparate, die immer lauter davon redeten, dass der Westen irgendwie fortschrittlicher sei, bessere Methoden hätte, und das zumindest in Elementen für die heimische Wirtschaft übernommen werden müsste.

Nach der Wende kamen diese Leute als Wendehälse an die Macht und boten dem westlichen Kapital die gesamte Nationalökonomie an: billig, billiger! Wir machen die Gewerkschaften platt, oder verwenden sie zum Stillhalten unserer Arbeiter! Wir drücken die Löhne! Wir fordern keine Schutzmassnahmen - jeder freie Lohnarbeiter ist seines Glückes Schmied! Umweltauflagen - was ist das? Hauptsache, ihr kommt, liebe Kapitalisten, und beutet bei uns aus, dass es nur so kracht! Dafür breiten wir euch den roten Teppich aus!

Bei aller Untertänigkeit und Anbiederung sassen diese Menschenfreunde jedoch einem kapitalen Irrtum auf: Sie dachten, bei entsprechender Behandlung würde das ausländische Kapital herbeiströmen und in die Produktion investieren. Stattdessen kamen das Handels- und das Finanzkapital und bereiteten den Boden dafür, woanders erzeugte Ware auf diesen neuen Märkten abzusetzen. Eine der Voraussetzungen für diese Funktion als Markt war Zahlungsfähigkeit, eine weitere ein Bankennetz, sowie Konvertibilität der Währungen. Die wichtigste Bedingung war jedoch die Herstellung einer tabula rasa in Sachen Produktion, einer Art Wüstenei, um die eigenen Waren dort verscherbeln zu können.

### **Die Zerstörung der Industrie der ex-sozialistischen Staaten**

Auch dieses Zerstörungswerk ging in mehreren Schritten vonstatten.

Es handelte sich hier nicht um einen schlaue ausgedachten Masterplan, der von irgendwelchen Bösewichtern a la Soros & Co. ausgeheckt und Schritt für Schritt umgesetzt worden wäre. Auch die kapitalistischen Eroberer lernten durch Erfahrung, durch Enttäuschung, aber auch durch Entgegenkommen der örtlichen Funktionäre, die sich natürlich gerne bei dieser ganzen Chose bereichern wollten, so gut es ging. In trauter Zusammenarbeit von Medien, Ideologen, dem IWF, der EU-Gesetzgebung usw. wurden Arbeitskräfte freigesetzt, Industrien zugesperrt und Gesetze angepasst.

Auch hier begann alles mit der Auflösung des RGW und der Umstellung von Zusammenarbeit und Tausch auf Konkurrenz und Geschäft. Nur "richtiges" Geld, also DM oder Dollar, wurden akzeptiert. Vorprodukte und Rohstoffe sowie Energie wurden nicht mehr geliefert, Fabriken standen still, unverkaufte Waren füllten die Fabrikhallen, und Löhne wurden nicht mehr gezahlt.

Das alles fand in Ökonomien statt, in denen die Entlassung nicht vorgesehen war, es keine Arbeitslosenstellen gab, in die vorher eingezahlt worden wäre, in denen es keine Abfindungen gab - der Zusammenbruch war total.

Manche Betriebsleitungen versuchten sich mit Schmuggel, vor allem auf dem Balkan, da Jugoslawien viel mehr Erfahrung mit Westhandel hatte. Aber die Voraussetzungen waren ungünstig, bald waren die

Grenzen nach Westen streng überwacht, und dort, wo man noch hinkam, war kein Geld da, weil die ursprünglichen Abnehmer in der gleichen Lage waren wie ihre seinerzeitigen Lieferanten: Die Kasse war leer.

Dann kamen die Privatisierer. Banken und Berater trugen sich an, Börsen wurden gegründet, Wertpapiere wurden geschaffen - Anteilscheine, Betriebsaktien, Kupons. Die Staaten gründeten Vermögensagenturen und emittierten mit westlichen Banken zusammen "Aktien", um ihre Betriebe zu privatisieren. Schmierige Geschäftleute mit obskuren Kreditquellen kauften und verkauften diese Aktien und verschwanden nach Kursgewinnen spurlos, während die Staaten zuschiessen mussten, um den Betrieb bis zur "endgültigen" Privatisierung am Leben zu erhalten.

Die Privatisierungen dienten vor allem dazu, über wenig transparente Finanztransaktionen und schwindlige Wertpapiere Geld aus anderen Wirtschaftszweigen zu waschen, oder staatliche Quellen für private Bereicherung anzupapfen, was seither als Evergreen "Korruption" durch die Medien geistert. Dieses Geld floss mehr oder weniger aus staatlichen Zuschüssen über Wertpapierkäufe an Private, bei den Betrieben kam es nicht an.

Manche Betriebe fanden nach jahrelangem Hin und Her zwar einen Käufer, aber der entliess einmal mindestens die Hälfte der Beschäftigten, krepelte den ganzen Betrieb um, und hängte diverse Schulden und Forderungen dem betroffenen Staat oder

der Gemeinde an, was dort wieder Probleme aller Art mit Krediten und Banken und dem IWF verursachte.

Schlecht erging es Firmen, die weltmarktfähige Produkte herstellten und dadurch gierige Blicke auf sich zogen. Die wurden dann von "Investoren" oft sehr günstig erworben, die die Maschinen abbauten und woanders hin transportierten, in ihre Mutterländer und Stammfabriken. So erging es Papier-, Lebensmittel- und Maschinenbau-Fabriken in Osteuropa und vor allem in Bosnien. Oder es wurden mit der Firma nur die Marke gekauft, und statt der ursprünglichen Fabrik ein Warenlager und eine Geschäftskette eingerichtet, über die der einheimische Markt von den Firmen des Mutterlandes beliefert wurde.

(Ausnahmen aus dieser Entwicklung waren Tschechien und Slowenien, die ihre Produktion ein Stück weit bewahren und ausbauen konnten, und Polen, das aufgrund seiner Grösse und Lage als Produktionsstandort für ausländisches Kapital attraktiv genug war.)

Aus den solchermassen entindustrialisierten Staaten setzte eine Wanderungsbewegung von Arbeitsemigranten nach Westeuropa ein, die dort als industrielle

Reservearmee die Löhne senken half und zu enormem Bevölkerungsverlust in den osteuropäischen Staaten führte.

Das minderte deren Brauchbarkeit als Markt ein Stück weit. Die Nachfrage ist dadurch eher schwach.

Aber um das zu begreifen, muss man auch einen Blick darauf werfen, wie die dortige Zahlungsfähigkeit überhaupt zustande kam und kommt.

*Erstveröffentlichung:*

<https://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/wirtschaft/theorie/die-eu-und-ihr-hinterhof-5843.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)

Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/meinung/eums0082.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

## **Irak Iran - USA und übrige im Vorkrieg um Ressourcen ...**

*Soleimani war ein schädlicher General, der von den mobilisierten irakischen Arbeiter\*innen und Jugendlichen gehasst wurde, genauso wie sie das gesamte korrupte Regime, das der Iran und die USA seit 2003 errichtet haben, zu hassen beginnen. Es ist jedoch nicht die Hand des Imperialismus, mit der die Ausgebeuteten dieses abartige Regime loswerden könnten. In diesem Sinne bleibt die Ermordung von Soleimani eine imperialistische Aggression und ist keineswegs eine gute Nachricht für die Arbeiter\*innen und die Jugend. Es liegt an den Arbeiter\*innen und den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, ihre Henker selbst loszuwerden.*

Philippe Alcoy auf Révolution Permanente am 4. Januar 2020 [1]

*(SB) 6. Januar 2020 - Würde das Wort "Terrorismus" wie ein Wertpapier an der Börse gehandelt, dann rangierte es schon seit längerem auf Ramschniveau. Seine regierungsamtliche Inanspruchnahme zur Rechtfertigung von Mordanschlägen war stets ein leicht durchschaubares Manöver zur Erwirtschaftung einer Tötungslegitimation, die in der per Militärdrohnen durchgeführten Praxis der US-Regierung seit den Anschlägen des 11. September 2001 nicht umsonst mit rechtsförmigen Attributen wie "extralegal" Hinrichtung eines "illegalen" Kombattanten gespickt wurde. Washingtons im gängigen Verständnis internationalen Rechts*

stets unerklärt gebliebener Globaler Krieg gegen den Terrorismus (GWOT) ist zur alltäglichen Praxis als rechtstaatlich und demokratisch firmierender Staaten geworden. Das Wortgeplänkel um die Frage, ob es sich bei der Ermordung des Generals der iranischen Revolutionsgarde, Kassim Soleimani, des zweithöchsten Kommandanten der irakischen Volksmobilmachungskräfte (PMF), Abu Mahdi al-Muhandis, sowie sieben weiterer Personen am 3. Januar in Bagdad um einen legalen Akt der Terrorismusabwehr oder ein illegales Vergehen des Staatsterrorismus handelt, ist dementsprechend müßig.

Selbst wenn ein Mitglied der Bundesregierung die US-Administration eines solchen Verbrechens bezichtigte, dann nur in Abstimmung mit einer durchdachten Strategie, die einen solchen Affront zuließe. Politik wird nicht mit vermeintlich unbedachten Äußerungen gemacht, sondern produziert die dem jeweiligen strategischen Entwurf adäquate Rhetorik im Nachvollzug, auch wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, es gehe andersherum. So läßt der aufgeregte Wortschwall nach einem solchen Kriegsakt bestenfalls erkennen, ob sich etwa an der Position der Bundesregierung irgend etwas geändert hätte. Davon kann keine Rede sein, sie steht fest an der Seite der US-Administration, wie etwa Außenminister Heiko Maas zu erkennen gibt, wenn er

die Ermordung Soleimanis mit dessen angeblich terroristischer Blutspur rechtfertigt. Die Frage, ob ein Terrorismusvorwurf zur Durchführung einer Hinrichtungsaktion auf frühere Taten bezogen sein könne oder nur rechtlich korrekt vollzogen werde, wenn die Abwehr unmittelbar drohender Gefahren bevorstehe, läßt absichtsvoll vergessen, daß das ganze Legitimationskonstrukt die Grenzen internationalen Rechtes längst hinter sich gelassen hat.

Das Insistieren auf die explizite Legitimation staatlicher Mordakte dient der Befestigung einer Rechtsordnung, die sich wie eine Nebelwand vor die exekutive Ermächtigung zum Kriege im jeweiligen Staatsinteresse schiebt. Mit dieser Politik des permanenten Ausnahmezustandes fahren die NATO-Staaten nur deshalb gut, weil keine der von ihnen angegriffenen Regierungen über die Mittel verfügt, es ihnen gleichzutun. Nun aufkommende Bedenken, daß US-Präsident Trump mit dieser Mordtat auch die Angreifbarkeit der BürgerInnen von NATO-Staaten in aller Welt erhöht habe, sind insofern irrelevant, als die Politik der extralegalen Hinrichtungen seit langem von den europäischen NATO-Verbündeten der USA als auch der mit Israel zusammenarbeitenden Staaten für legitim erachtet wird.

Trump eignet sich mit seiner aggressiven Sprache und seinem

unverstellten Eigennutz besonders gut als Zielscheibe der Kritik, doch wie im Fall der EU-Staaten, die bislang noch jeden Aggressionsakt der US-Regierung ex- oder implizit gutgeheißen haben, trägt die politische Opposition in Washington erhebliche Mitverantwortung für die Willkür im Weißen Haus angeordneter Aggressionsakte. So wurde der National Defense Authorization Act (NDAA), der 738 Milliarden Dollar für Verteidigungsausgaben freisetzt, am 21. Dezember mit der Mehrzahl der Stimmen der Opposition der Demokraten im Senat wie Repräsentantenhaus verabschiedet. Er heißt die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien auch zu Verwendung im Jemenkrieg gut, bestätigt die Fortsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien, den Iran und Rußland und ermächtigt den Präsidenten, Krieg gegen den Iran auch ohne Zustimmung des Kongresses zu führen [2].

Kurz gesagt, die Eskalation des Krieges gegen den Iran ist ein Projekt, das US-amerikanische Administrationen seit vielen Jahren genauso zielgerichtet verfolgen wie die Hofierung des Verbündeten Saudi-Arabien, obwohl - oder gerade weil - die Finanzierung islamistischer Milizen von Al Quaida über Al Nusra bis zum Islamischen Staat dort stets in freizügigen Händen war. Sich mit islamistischen Fußtruppen indirekt freizuhalten ist eine Konstante US-amerikanischer Kriegspolitik in der Region spätestens seit den Anschlägen auf New York und Washington vor 19 Jahren und wird durch Tötungsakte wie die Hinrichtung Osama bin Laddens nicht widerlegt. Die Flexibilität, die US-Regierungen im in-

strumentellen Umgang mit AkteurInnen und Administrationen des Nahen und Mittleren Ostens an den Tag legen, bestätigt nur, daß es sich beim direkten Weg zum Verständnis der jüngsten Eskalation am Persischen Golf empfiehlt, die Rechtsfrage dort zu belassen, wo sie ihrer legitimatorischen Funktion nach hingehört, beim Verwischen von Fußspuren und Aufbauen alternativloser Sachzwänge.

Nicht minder konstant ist das Interesse dieser und vorheriger US-Regierungen, in der ölreichen Region unter allen Umständen den Stiefel in der Tür zu halten. Die Kontrolle über die Förderung oder auch das Versiegen der Produktion dort besonders leicht verfügbarer fossiler Energie war stets wesentlicher Bestandteil des Aussteuerns von Leistungsbilanzdefiziten wie -überschüssen und ihrer Finanzialisierung in Form von Krediten und US-Staatsanleihen. Das berühmte System der Petrodollars trägt auch heute noch dazu bei, daß die in die Vereinigten Staaten importierten Güter und Waren zu einem Verbrauchsniveau führen können, das die Gut- und Besserverdienenden des Landes an die Spitze konsumistischer Freuden und entsprechender ökologischer Verbrauchsintensität setzt [3].

Tatsächlich hat US-Präsident Trump mit der ihm eigenen Eskalationsdynamik dem Klerikalregime in Teheran einen großen Gefallen getan. Die im Iran als auch im Irak wochenlang aufgeflammt und mit großer Brutalität niedergeschlagenen sozialen Proteste haben ihr Momentum vollständig verloren. Die für die soziale Verelendung im Irak und

Iran durch ihre Kriegführung und Sanktionspolitik mitverantwortlichen USA haben die Wut der Bevölkerung auf sich gezogen und damit auch innere Fronten wie den irakischen Widerstand gegen die iranische Dominanz im eigenen Land überdeckt. General Soleimani war als befehlshabender Offizier maßgeblich für die Niederschlagung der Proteste im Irak verantwortlich. Dabei wurden rund 15.000 Menschen zum Teil schwer verletzt, so etwa durch direkt auf sie abgefeuerte Blendgranaten, die sich in einigen Fällen in die Augenhöhle bohrten und dort weiterbrannten. Mindestens 400 DemonstrantInnen wurden im Irak durch proiranische Sicherheitskräfte und iranische Einheiten umgebracht.

Auch bei den Mitte November ausgebrochenen Protesten im Iran, die durch eine Erhöhung des Benzinpreises von bis zu 300 Prozent ausgelöst wurden, kam es zu mindestens 200 Toten, zahlreichen Verletzten und über 10.000 Verhaftungen. Gegen Aufständische werden immer wieder Todesstrafen verhängt, wie der Iran überhaupt für eine besonders rigide Hinrichtungspraxis bekannt ist. Die hierzulande mitunter aufgestellte Behauptung, alle derartigen Erhebungen seien von ausländischen Geheimdiensten gesteuert, ignoriert die massiven sozialen Mißstände im Land wie den Massencharakter derartiger Erhebungen. Im Endeffekt wird mit diesem Argument die Repression eines patriarchalen Klerikalregimes legitimiert, das selber stets darauf bedacht ist, sozialen Widerstand als von außen gesteuerten Verrat an der nationalen Einheit zu brandmarken, und die Relevanz der weltweiten Welle

sozialer Aufstände einem Herrschaftsdiskurs unterworfen, der keine Menschen mehr kennt, sondern nur noch Nationen.

Wo man hinschaut, in diesem Konflikt haben alle Akteure blutbesudelte Hände, das gilt auch für Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die den ehrlichen Makler geben, der sie niemals waren. Insbesondere die beiden europäischen Kolonialmächte, aber auch frühere Bundesregierungen wie die eines Kanzlers Schröder und Vizekanzlers Fischer, haben aktiven Anteil an der sozialen Zerstörung der irakischen Gesellschaft durch das UN-Embargoregime und die daraus resultierende Stärkung der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein gehabt. Ebenso sehr sind sie an der Isolation des Irans beteiligt, der als regionale Mittelmacht den neokolonialen Ambitionen der EU-Staaten in der Region im Wege steht.

Was die irakische Bevölkerung seit dem zweiten Golfkrieg 1991 zu erleiden hatte, ist in den Maßstäben bürgerlichen Lebens in der Bundesrepublik nicht nachzuvollziehen. Die Zerstörung der zivilen Infrastrukturen des Landes, die Aufhebung jeglicher sozialen Sicherheit und der antifeministische Rollback zurück unter den Schleier in demjenigen arabischen Staat, der sich technologisch und sozial am meisten dem westlichen Vorbild angenähert hatte, ist ein Vorzeigestück des westeuropäischen und nordamerikanischen Neokolonialismus von besonders grausamer Art. Was nun im Iran fortgesetzt werden soll, richtet sich in allererster Linie gegen die in diesen Staaten lebenden Bevölkerungen. In ei-

nem sind sich alle daran beteiligten Regierungskteure einig - niemals dürfen die Menschen das Heft des Handelns in die eigene Hand bekommen.

Sie durften es nicht im selbständigen Kampf gegen das Regime Saddam Husseins, wie die Niederschlagung der Aufstände vom März 1991 durch dessen Gewaltapparate zeigte, die von den siegreichen US-Streitkräften nicht unterstützt wurden. Das anschließend erwirkte Waffenstillstandsabkommen überließ dem Bagdader Regime die Verfügungsgewalt über alle Repressionsmittel, mit denen die innere Stabilität des Landes mit Waffengewalt bis zu seiner vollständigen Eroberung 12 Jahre später gewährleistet wurde. Sie dürfen es auch heute nicht, wie die objektive Stärkung der Staatsgewalt in Teheran durch die äußere Aggression zeigt, mit deren Einfluß alle oppositionellen Kräfte im Lande leicht assoziiert und als verräterisch stigmatisiert werden können. Um antagonistische Entwicklungen in der Region zu verhindern, die den Einfluß imperialistischer Staaten vollends zunichte machten, kooperieren diese auf nur scheinbar paradoxe Weise mit ihren politischen Gegnern mehr als mit den Menschen, die sich von klerikaler und oligarchischer Herrschaft befreien möchten. Im Zweifelsfall wird sozialer Widerstand zum Preis massenhafter Vernichtung unterdrückt, dafür ist die Entwicklung im Irak und im Iran seit 40 Jahren beispielhaft.

#### **Anmerkungen:**

[1] in deutscher Übersetzung:  
<https://www.klassegegenklas->

[se.org/es-besteht-nicht-nur-die-gefahr-einer-eskalation-sondern-auch-die-reale-gefahr-eines-krieges-zwischen-den-usa-und-dem-iran/](https://www.klassegegenklasse.org/es-besteht-nicht-nur-die-gefahr-einer-eskalation-sondern-auch-die-reale-gefahr-eines-krieges-zwischen-den-usa-und-dem-iran/)

[2] <https://www.counter-punch.org/2020/01/01/happy-new-year-riyadh/>

[3] <https://www.counterpunch.org/2020/01/06/america-escalates-its-democratic-oil-war-in-the-near-east/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/hege1829.html>

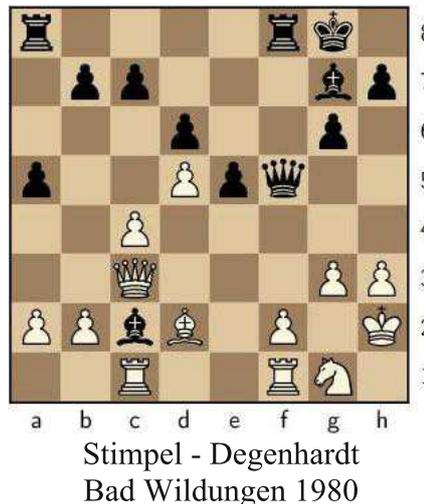
## SCHACH - SPHINX

### Unsinnigkeit aller Schranken

(SB) - Schach sei ein Spiel, so sagte einst einmal ein Kritiker, wo Narren sich wie Weise benehmen, und Weise sich als Narren wiedererkennen. Beleuchtet man seine Worte also auf ihren Hintergrund, so scheint der Mann etwas Wichtiges in komplizierten Worten ausgedrückt zu haben: Im Schach zählen Unterschiede nicht! Ob nun Fabrikarbeiter oder Professor für verstaubte Sprachen, ob Polizeiwachmeister oder der Schlemihl aus der Nachbarschaft, ob klein ob groß, Mann oder Frau, die Grenzen verwischen bis zur Bedeutungslosigkeit. Da gibt es in Hinteranatolien Spieler mit außerordentlicher Meisterstärke, die jedoch keine Lust verspüren, in Turnieren ihr Talent aufzureiben. Und irgendwo im Senegal hockt ein Dschungelkrieger über seinem Schachbrett und lacht über die Einfachheit des Königlichen Spiels, wenn er seine Dorfangehörigen mit wilden Kombinationen entzückt. Dann wieder in den Steppen von Texas

vergnügen sich Kuhhirten im untergehenden Sonnenlicht mit der Spanische Partie oder den Eskapaden eines Königsgambits, ohne diese Eröffnungen je studiert zu haben oder sie überhaupt mit Namen zu kennen. Schach ist frei von Kulturschranken und immer Ausdruck des Bemühens, Ordnung in das Chaos unendlicher Möglichkeiten zu bringen. Der Eskimo spielt es auf seine Weise, und doch ist es immer ein und dasselbe Spiel. Und wenn ein Hottentotte auf einen Bayern trifft mitten im Stiefelabsatz Italiens und beide eine Partie Schach miteinander austragen, dann ist es eben eine bayrisch-hottentottische Angelegenheit und nicht minder amüsant. Im heutigen Rätsel der Sphinx begegneten sich ein Rüsselsheimer und

ein Bensheimer im hessischen Bad Wildungen. Bedarf es weiterer Beispiele, Wanderer, um sich den Unsinn von Hautfarbe, Sprache und Nationalität zu vergegenwärtigen? Der Nachziehende siegte nun über den Weißen mit einer kosmopolitischen Kombination.



### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Wer sich fremden, übergeordneten Wertsystemen überantwortet, wird zum Spielball aller Kräfte, und der Halt, den man gesucht, wandelt sich in eine unzerreißliche Fessel: 1.Dg3xg7? Dd8-h4+! 2.g2-g3 Dh4-e4+ 3.Ke1-f2 De4xd4+ 4.Kf2-g2 Dd4xe5 5.Dg7-g4 Lb4xd2 6.Lc1xd2 Lc2-e4+ 7.Kg2-f2 De5-d4+ 8.Kf2-e1 Le4xh1 9.Dg4-e2+ Dd4-e4 und Weiß hatte ein Einsehen mit sich selbst und gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07142.html>

## POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

### Erdogan - offensive Strategie ...

*"Unsere Soldaten sind jetzt dabei, schrittweise dorthin zu gehen." Aufgabe der türkischen Soldaten in Libyen sei "Koordination" und die Einrichtung eines "Einsatzzentrums".*

Recep Tayyip Erdogan im Fernsehsender CNN Turk [1]

(SB) 6. Januar 2020 - Wann immer seine Gegner hofften, Recep Tayyip Erdogan habe den Bogen endgültig überspannt und sehe dem Anfang vom Ende seines Regimes ins Auge, war er längst dabei, den nächsten aufzuspannen. Indem er sich und seiner Politik im Zuge des Aufstiegs an die des-

potische Macht jeden Rückweg abgeschnitten hat, da er es niemals dazu kommen lassen darf, für seine Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden, setzt er unentwegt auf den nächsten Ausfall nach vorn. In einer Verschmelzung von aggressivem Instinkt und machtpolitischem Kalkül positioniert er sich in halsbrecherischer Manier mitten in der Gemengelage rivalisierender Groß- und Regionalmächte, heizt Konflikte an und reizt die Karte der Intervention und des Krieges aus. Dabei bedient er sich der eskalierenden Verwerfungen im Konglomerat internationaler Beziehun-

gen, deren Grenzverläufe zunehmend verschwimmen und in einen Flächenbrand unablässiger Waffengänge unter Beteiligung regulärer Streitkräfte, militärischer Dienstleister sowie einer Vielzahl irregulärer Milizen übergehen.

Ohne die Repression im Inneren auch nur im geringsten zu lockern, kontert der türkische Präsident die anwachsenden Krisen im eigenen Land mit der Beschwörung nationaler Ehre und Geltung, indem er neoosmanische Expansionspläne vorantreibt, sich mit den Nachbarn anlegt, die

Kurdinnen und Kurden niederzumachen trachtet und seine Landsleute hinter dem Banner des Feldzugs vereint. Hatten der ökonomische Niedergang, der dramatische Verfall der Lebensverhältnisse und der Aufschwung der Opposition bei den Kommunalwahlen das Regime erschüttert, so macht diese Bedrängnis den Machthaber um so gefährlicher in Verfolgung brachialer externer Übergriffe.

Wie alle Großmachtambitionen ist auch Erdogans Streben natürlich nicht pure Ideologie, sondern gründet zugleich auf konkreten Erwägungen, angrenzende Territorien zu okkupieren und sich regionaler Ressourcen zu bemächtigen. Was die Kapitalverwertung unter den Bedingungen der türkischen Ökonomie nicht mehr hergibt, so daß die paternalistische Staatsführung strauchelt, soll durch Raubzüge einverleibt werden, um das Vehikel des aufstrebenden Schwelkenlandes mit neuem Treibstoff zu versorgen. Daß sich die Türkei am Krieg in Syrien und nun auch in Libyen nicht nur mit verbündeten islamistischen Milizen, sondern auch eigenen Truppen beteiligt, folgt Erdogans Logik, gerade dort seinen Vorteil zu suchen, wo die Kriegsmaschinen längst wüten, stärkere Mächte aufeinanderprallen und er die widersprüchlichen Bestrebungen womöglich gegeneinander ausspielen kann. Auf den Schlachtfeldern systematisch zerstörter Staaten sucht der türkische Feldherr sein Glück, weshalb er die destabilisierende und Konflikte verschärfende Wirkung seines Eingreifens keineswegs scheut, sondern im Gegenteil gezielt herbeiführt.

Der nun gezogene libysche Trumpf verdankt sich verschiede-

nen Komponenten, insbesondere aber dem Kampf um die ergiebigen Öl- und Gasfelder im östlichen Mittelmeer. Die Türkei erhebt Anspruch auf Vorkommen im Meeresgebiet vor der Republik Nordzypern, die jedoch nur von Ankara anerkannt wird, weshalb der von der EU als Gesamtstaat anerkannte Südtteil der Insel wie auch Brüssel dieses Ansinnen zurückweisen. Griechenland, Zypern und Israel haben sich auf die jeweiligen Nutzungsrechte und zudem gemeinsam mit Italien auf den Bau der Eastmed-Pipeline geeinigt, durch die künftig Erdgas aus diesen Fördergebieten nach Europa geliefert werden soll. Israel hat jüngst das auf rund 605 Milliarden Kubikmeter geschätzt Leviathan-Vorkommen angestochen, dessen Gas vorerst vor allem nach Ägypten geliefert wird, ehe es später durch die geplante Unterwasserpipeline auf den europäischen Markt strömen soll. Ägypten beansprucht mit dem auf 850 Milliarden Kubikmeter geschätzten Gasfeld Zhor das größte Vorkommen im Mittelmeer. Wird es einmal angezapft, könnte das Land schnell wieder vom Gasimporteure zum Gasexporteur werden und seine seit 2011 brachliegenden LNG-Exportterminals wieder in Betrieb nehmen. [2]

Von all dem ist die Türkei bislang ausgeschlossen, die jedoch über die jüngst eröffnete Pipeline Turkish Stream mit russischem Erdgas versorgt wird, das über diesen Weg künftig auch EU-Länder versorgen könnte. Dagegen zieht die US-Regierung zu Felde, die nicht nur teureres Fracking-Gas nach Europa liefert, sondern im Zweifelsfall auch Lieferungen aus Gasfeldern unter dem Mittelmeer für die NATO-Verbündeten

favorisiert, weil diese sonst angeblich abhängig von Moskau werden könnten. Um ihre Ansprüche im Mittelmeer zu untermauern, hat die Türkei am 27. November ein Abkommen mit dem in Tripolis residierenden Ministerpräsidenten Fajis al-Sarradsch geschlossen. Darin erhebt Ankara Anspruch auf große Teile des östlichen Mittelmeers als exklusive Wirtschaftszone (EEZ), darunter Gewässer vor Zypern, der griechischen Insel Kreta und Ägypten, sowie Öl- und Erdgasvorkommen vor den Küsten im Wert von Hunderten Milliarden Dollar. Die zwischen der Türkei und Tripolis vereinbarte exklusive Wirtschaftszone quer über das Mittelmeer durchkreuzt die Ansprüche Griechenlands, Israels und Zyperns und würde die Verlegung der geplanten Eastmed-Pipeline von Zypern nach Kreta unmöglich machen.

Die libysche Regierung ist in zwei rivalisierende Fraktionen gespalten, die gegeneinander Krieg führen. Dies ist ein Resultat des Angriffs der NATO im Jahr 2011, der mit massiven Luftschlägen und unter Einsatz von islamistischen Milizen als Hilfstuppen am Boden geführt wurde. Die imperialistische Intervention führte zum Sturz und der Ermordung Gaddafis, forderte Zehntausende Todesopfer, zerstörte die Infrastruktur des Landes und verwandelte die reichste Nation Afrikas mit dem besten Sozialsystem des Kontinents in einen sogenannten gescheiterten Staat, in dem seither ununterbrochen Bürgerkrieg herrscht.

Die von al-Sarradsch geführte Nationale Einheitsregierung (GNA) wird zwar von den Ver-

einten Nationen als "legitime" Regierung Libyens anerkannt, kontrolliert jedoch kaum mehr als das Gebiet um die belagerte Hauptstadt Tripolis. Für ihre Verteidigung ist sie von einer Ansammlung islamistischer und regionaler Milizen abhängig. Sie wird nicht nur von der Türkei, sondern auch von Katar und Italien unterstützt. Angegriffen wird sie von General Chalifa Haftars Libysch-Nationaler Armee, die mit einer rivalisierenden Regierung in der östlichen Hafenstadt Tobruk verbündet ist. Haftar, ein ehemaliger General Gaddafis, der in die USA übergelaufen ist und lange Jahre mit der CIA zusammengearbeitet hat, wird von Ägypten, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Rußland und Frankreich unterstützt. Washington steht zwar formell hinter der GNA, doch Präsident Donald Trump hat Haftar vor einiger Zeit für seine "bedeutende Rolle im Kampf gegen Terrorismus und die Sicherung der libyschen Ölvorkommen" gelobt, Erdogan andererseits kürzlich vor einer Eskalation gewarnt. [3]

Ein zweites zwischen der Türkei und Tripolis geschlossenes Abkommen betrifft die militärische Zusammenarbeit, wovon Erdogan nun Gebrauch macht. Die GNA hat offenbar um Unterstützung er sucht, das Parlament in Ankara mit der Mehrheit von AKP und MHP einer Truppenentsendung zugestimmt. Damit ist die Türkei der erste ausländische Staat, der in Libyen offiziell mit Angehörigen seiner regulären Streitkräfte vertreten wäre. Grundsätzlich sind Auslandseinsätze ihrer Soldaten für die Türkei nichts Neues. Gegenwärtig sind türkische

Soldaten in elf Ländern stationiert, darunter Afghanistan, Somalia, Katar, Irak, Aserbaidschan, Syrien, die sogenannte Türkische Republik Nordzyprien, Albanien, Libanon, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Einige dieser Einsätze finden im Rahmen internationaler Bündnisse und Mandate statt, andere nur aufgrund bilateraler Vereinbarungen. Der größte türkische Militärstützpunkt liegt in Katar, der zweitgrößte in Somalia. In internationalen Medien kursieren seit November Einschätzungen, die Türkei strebe auch in Libyen die Errichtung eines dauerhaften Stützpunkts an. [4]

In welchem Maße Erdogan mit seinem militärischen Übergriff nach Libyen und der türkischen Intervention in den dortigen Kämpfen den Krieg gegen die eigene Bevölkerung an der Heimatfront in der internationalen Wahrnehmung zum Verschwinden gebracht hat, unterstreicht die aus in

den deutschen Konzernmedien verschwundene Berichterstattung darüber. Polizei und Armee sind im Südosten des Landes in heftige und verlustreiche Auseinandersetzungen mit der PKK verwickelt, worüber in den türkischen Medien grundsätzlich nicht berichtet wird.

#### **Anmerkungen:**

[1] [www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-libyen-truppen-103.html](http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-libyen-truppen-103.html)

[2] [www.heise.de/tp/features/Libyen-Stellvertreterkrieg-um-das-Mittelmeer-4627701.html](http://www.heise.de/tp/features/Libyen-Stellvertreterkrieg-um-das-Mittelmeer-4627701.html)

[3] [www.wsws.org/de/articles/2019/12/30/turk-d30.html](http://www.wsws.org/de/articles/2019/12/30/turk-d30.html)

[4] [www.jungewelt.de/artikel/369864.nordafrika-freibrief-vom-parlament.html](http://www.jungewelt.de/artikel/369864.nordafrika-freibrief-vom-parlament.html)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1757.html>

## UMWELT / REDAKTION / KLIMA

### Erderwärmung -

### Gegenwehr unzureichend ...

*(SB) 6. Januar 2020* - Im Laufe der Erdgeschichte kam es zu mehreren weltweiten Massenaussterben unter den Tier- und Pflanzenarten, was jeweils sowohl mit einer raschen Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre als auch einem globalen Temperaturan-

stieg einhergegangen war. Zur Zeit findet in Folge menschlicher Aktivitäten ein weiteres Artensterben statt. Gleichzeitig steigt die Weltdurchschnittstemperatur zehntausendmal schneller als jemals zuvor im Laufe der Erdgeschichte!

Um den gegenwärtigen Erwärmungstrend noch zu stoppen, genügen Geschwindigkeit und Ausmaß nicht, mit denen von der internationalen Klimapolitik Gegenmaßnahmen beschlossen und umgesetzt werden. Darüber hinaus steht deren Wirksamkeit in Frage, da die Priorität augenscheinlich nicht allein auf Klimaschutz liegt, sondern darauf, das Wirtschaftswachstum zu sichern und darin eine Führungsrolle einzunehmen.

Vermutlich gibt es in der Erdgeschichte kein geeignetes Vorbild, das die heutige Entwicklung ausreichend beschriebe. Doch es sind Annäherungen möglich, um sich überhaupt eine Vorstellung davon zu machen, wie der Mensch die Erde verändert. Aus den geologischen Hinterlassenschaften schließt die Wissenschaft, daß die Massenaussterben in der Evolutionsgeschichte des höheren Lebens, das vor etwa 540 Mio. Jahren begann, von Temperatursprüngen von mindestens vier bis fünf Grad Celsius begleitet waren. Diese "plötzlichen" Erwärmungen traten aber nicht über Nacht ein, sondern bauten sich im Verlauf von Jahrtausenden bis Jahrzehntausenden auf. Die von Menschen verursachte Erderwärmung seit Beginn des Industriezeitalters beträgt 1,1 Grad C, Tendenz stark ansteigend. Ausgehend von der Geschwindigkeit, mit der heute Treibhausgase emittiert werden, würde es nur 80 bis 140 Jahre dauern, bis ein Temperaturanstieg von vier bis fünf Grad C erreicht ist.

Das sechste, größere Massenaussterben der Erdgeschichte findet jetzt statt. Der Mensch ist

zwar nicht die erste Spezies, die das Klima des Planeten fundamental verändert - lange vor ihm waren es die Cyanobakterien -, aber er ist am schnellsten. Schneller noch als der Vulkanismus, der vor 252 Mio. Jahren insbesondere in Sibirien aufgetreten war. Dabei waren enorme Mengen an Treibhausgasen freigesetzt worden, was für die Dauer von zwei Millionen Jahren ein so warmes Klima erzeugt hat, daß 75 Prozent der an Land und 95 Prozent der im Meer lebenden Arten ausstarben. Auch der gesteigerte Vulkanismus des mittelatlantischen Rückens und das Auftauen großer Permafrostgebiete vor 201 Mio. Jahren ließ ein Klima entstehen, das für viele Arten unerträglich war. Am bekanntesten unter den Massenaussterben war das der Dinosaurier vor 66 Mio. Jahren, als sich die Erde bereits abkühlte und zusätzlich, so wird vermutet, ein Asteroideneinschlag so viel Staub aufwirbelte, daß sich der Himmel verdunkelte und die Pflanzen nicht mehr genügend Photosynthese betreiben konnten.

Die treffendste Analogie zur heutigen Zeit zumindest hinsichtlich der Klimaentwicklung (weniger hinsichtlich des Massenaussterbens) liefert das erstmals 1991 beschriebene Paläozän/Eozän-Temperaturmaximum (PETM) vor etwa 55,8 Mio. Jahren. Innerhalb von "nur" 4.000 Jahren war die globale Durchschnittstemperatur, je nach wissenschaftlicher Einschätzung, um sechs bis acht Grad C angestiegen. Damals starben etwa 30 bis 50 Prozent der im Meer lebenden Arten aus, wohingegen sich das Leben an

Land weitgehend mittels Migration und Kleinwüchsigkeit an die sich verändernden Bedingungen angepaßt hat.

Jedes Massenaussterben und jede plötzliche Klimaveränderung der Erdgeschichte ist einzigartig. Insofern erlauben Rückblicke nur begrenzte Vergleichsmöglichkeiten. Beispielsweise lag die globale Durchschnittstemperatur zu Beginn des PETM bereits vier Grad höher als heute. Es bestand nicht die Gefahr einer massiven Eisschmelze, denn weder Grönland noch die Antarktis trugen Eispanzer, die hätten schmelzen können. Die Tropen waren damals so heiß, daß dort viele Arten nicht mehr existieren konnten, so wie es die Klimawissenschaft auch für den gegenwärtigen Klimatrend voraussagt, und in der Arktis tumelten sich Krokodile.

Trotz aller Unzulänglichkeiten, die Vergleiche mit sich bringen, verschaffen solche Analogien zumindest eine Ahnung, was geschehen könnte, wenn unverdrossen Treibhausgase in der gleichen Menge wie bisher emittiert werden und die Temperaturen ungebremst steigen. Das Klima hat sich schon immer gewandelt. Nur gab es früher keine Menschen, die davon hätten betroffen sein können. Jetzt wird sich das Gesicht der Erde innerhalb von ein, zwei Generationen grundlegend wandeln, in einem Ausmaß, für das es einst Jahrtausende gebraucht hat - und das war schon geologisch gerechnet ausgesprochen rasant.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-737.html>*

UMWELT / INTERNATIONALES / LATEINAMERIKA

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Brasilien**

**Abholzung und Sterben im Amazonas gehen weiter**

*von Niklas Franzen*

(São Paulo, 3. Januar 2020, taz) - Die Bilder bestimmten im August die Berichterstattung internationaler Medien: Teile des Amazonas-Regenwalds standen in Flammen. Mittlerweile hat die Regenzeit im größten Urwald der Welt begonnen, die meisten Brände sind unter Kontrolle - und die Weltöffentlichkeit hat den Blick von der Region abgewendet. Doch die Abholzung und das Sterben gehen unverändert weiter.

Nach Angaben des brasilianischen Weltrauminstituts INPE hat die Abholzungsrate im November ihren höchsten Wert seit Beginn der Messungen erreicht und war 103 Prozent höher als im Vorjahr. Zwischen dem 1. Januar 2018, dem Datum des Amtsantritts von Präsident Jair Bolsonaro, und November habe die Abholzung um 83 Prozent zugenommen. Fast 9.000 Quadratkilometer Wald verschwanden in dieser Zeit - eine Fläche etwa zehnmal so groß wie Berlin.

Die Regierung schiebt weiterhin jede Verantwortung von sich. Mehr noch: Mitte Dezember erklärte Bolsonaro, dass er die Rohstoffausbeutung in einem großen Umweltschutzgebiet zulassen will. Aktivist\*innen sprechen von einem "Skandal" und warnen vor einer weiteren Zerstörung des Regenwaldes.

**Staatliche Repression und gezielte Morde**

Umweltschützer\*innen bekommen die harte Hand der Regierung zu spüren. Ende November stürmten Polizist\*innen das Büro einer preisgekrönten Organisation, die mit entlegenen indigenen Gemeinden zusammenarbeitet und auch bei der Bekämpfung der Brände beteiligt war. Vier Männer wurden verhaftet. Laut Polizei sollen sie Feuer mit Absicht gelegt haben, um internationale Gelder zu erhalten. Die Umweltschützer streiten die Vorwürfe vehement ab und sprechen von einer "politischen Kampagne". Umweltminister Ricardo Salles hat schon mehrmals NGOs für den Ausbruch von Bränden verantwortlich gemacht.

Derweil geht auch das Sterben im Amazonas-Gebiet weiter. An vielen Orten haben die Landkonflikte seit dem Amtsantritt von Bolsonaro stark zugenommen. Der bekannte indigene Aktivist und "Wächter des Waldes", Paulo Paulino Guajajara [1], wurde Anfang November im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão bei einem Angriff von Holzfällern getötet. Anfang Dezember wurden zwei weitere Mitglieder des Guajajara-Stammes im selben Bundesstaat aus einem Auto heraus erschos-

sen. Und am 13. Dezember wurde ein junger Indigener des Stammes in Maranhão ermordet und zerstückelt aufgefunden. Indigene Aktivist\*innen warnen vor einem "neuen Genozid".

**Anmerkung:**

[1] <https://amerika21.de/2019/11/233642/umweltaktivist-brasilien-mord>

**URL des Artikels:**

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/abholzung-und-sterben-im-amazonas-gehen-weiter/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uilt0206.html>

## "Wende"-Zeiten in der DDR

### Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung der italienischen PCI als Modell für seine PDS auf Hans Modrow orientierte sich an ihr als Regierungschef - 3. Teil

von Gerhard Feldbauer, 19. November 2019



Bundesarchiv, Bild 183-1089-1104-012  
Foto: Lehmann, Thomas | 4. November 1989

*Käthe Reichel (2.v.l.), Schauspielerin und spätere Mitautorin der GBM-Suizid-Studie, auf der Demonstration vom 4. November 1989 in Berlin*

*Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1089-1104-012 / Lehmann, Thomas / CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de*

*(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]*

#### Die Toten der "friedlichen Revolution"

Entgegen den verbreiteten Lügen, beim Anschluss der DDR an die BRD als "friedlicher Revolution" habe es keine Toten gegeben,

sieht die Realität auch hier anders aus. Die Verlierer der Geschichte wurden nicht, wie der damalige Justizminister der BRD, Kinkel erklärte, in Lager gesperrt, sondern ins soziale Abseits gedrängt. Das hieß, dass Unzählige mit Berufsverbot belegt, ihre Menschenwürde mit Füßen getreten, gegen sie eine unsägliche Lügen- und Hetzkampagne geführt, Tausende von Gericht gezerrt und verurteilt wurden. Über die Zahl derer, die dem nicht stand hielten, denen die Kraft fehlte, zu widerstehen, die Hand an sich selbst legten, liegen keine Angaben vor. Einer Studie der Zeitschrift "Icarus" der Gesellschaft für Bürger- und Menschenrecht (GBM) in Heft 3 und

4/2006 war zu entnehmen, dass die Zahl dieser Toten in die Zehntausende geht, wenn sie nicht gar, wie intern angenommen wird, die Einhunderttausend erreichte. Laut "AFP" töteten sich bereits im Jahr nach der Einverleibung der DDR in Ostdeutschland 4.294 Menschen selbst. Die Opfer waren Arbeiter und Genossenschaftsbauern, Lehrer, Ingenieure und Journalisten, Ärzte, Künstler und Wissenschaftler, von den Massenentlassungen Betroffene, obdachlos Gewordene, Kinder, die die Demütigungen ihrer Eltern nicht ertrugen. Der Suizidexperte Udo Grashoff berichtete, dass von 1989 bis 1991 die Selbstmordrate in den neuen Bundesländern um rund zehn Prozent anstieg. Wie viele von den über 11.000 Menschen, die in der Bundesrepublik jährlich Selbstmord begehen, Opfer der "Wende" waren, ist nicht bekannt.

Autoren der Studie waren u. a. der bekannte Faschismusforscher der DDR, Prof. Manfred Weißbecker, der Ökonom Prof. Harry Nick, der Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus, die Schauspielerin Käthe Reichel und der Rechtsanwalt Peter Michael Diestel.

Weißbecker schrieb über seinen Kollegen an der Jenenser Univer-

sität Prof. Gerhard Riege, dass ihm als Mitglied des Bundestages in dem "hohen Haus" blanker antikommunistischer Hass entgegenschlug. In ihm entäußerte sich ein "Ungeist, der noch Schlimmeres als Keim in sich trägt", urteilte Gerhard Haney, einer der Kollegen Rieges. "Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen", schrieb Prof. Riege, bevor er am 15. Februar 1992 den Freitod wählte.



*Dr. Gerhard Riege, Volkskammer- und Bundestagsabgeordneter (PDS), Suizid 1992, in einer Aufnahme vom 9. Juli 1990*  
Foto: Bundesarchiv,  
Bild 183-1990-0709-333 /  
Schöps, Elke / CC-BY-SA 3.0  
[CC BY-SA 3.0 de  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]

Hier ist anzumerken, wie Hans Modrow sich öffentlich zu Riege äußerte. An Hand des Bundestagsprotokolls über eine Rede Rieges enthüllte er mit Zitieren

gen die abgründigen antikommunistischen und DDR-feindlichen Hetztiraden, die dessen Rede begleiteten und die den "sensiblen Riege" in den Freitod trieben. Er zitierte aus Rieges Abschiedsbrief, in dem dieser "den Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt", beschrieb, und "wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist", das "den Sieg über uns voll auskosten" wird. Denn "nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen". Modrow, das muss hier sachlich gesagt werden, enthielt sich der sich hier (wie auch bei anderen

Gelegenheiten) bietenden klaren Abrechnung mit diesem menschenfeindlichen System und beschränkte sich darauf, dass das Redeprotokoll "nicht nur die Arroganz im Hause, mit der

Riege und seine Kolleginnen und Kollegen von der PDS/Linke Liste behandelt wurden" offenbarte, sondern auch "Rückschlüsse auf das Demokratieverständnis mancher Abgeordneter" gestatte.

Zurück zur Studie der Zeitschrift "Icarus", die anführte, dass zu den Opfern gehörten: der Grafiker Thomas Schleusing vom Jugendmagazin "Neues Leben", sein Kollege, der sensible Zeichner und Gestalter Christoph Ehbets, bekannt u. a. durch seine Cover beim VEB Deutsche Schallplatte.

Der Vizepräsident des DTSB Franz Rydz, der Minister für Bauwesen der DDR Wolfgang Junker, der Raubtierdresser Hanno Coldam (Heinz Matloch) der international bekannten Löwen-Gruppe des VEB Zirkus Aeros, der hervorragende Neurowissenschaftler der DDR Prof. Armin Ermisch, nach dem ein internationaler Preis für herausragende Nachwuchswissenschaftler benannt ist. Der weltberühmte Schauspieler Wolf Kaiser, der sich seine Menschenwürde nicht nehmen ließ und dafür in den Tod ging. Als einen "ungekrönten Monarchen der Schauspielzunft" würdigte ihn Eberhard Esche in seiner Grabrede.



*Der Schauspieler Wolf Kaiser (Suizid am 21. Oktober 1992) im Hörspielstudio, Aufnahme von 1989*

Foto: Werner Bethsold -  
CC-BY-SA-4.0 [CC BY-SA 4.0  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)]

Nicht nur SED-Mitglieder waren unter den Opfern. Unter ihnen befanden sich die Jugendbildungsreferentin der Evangelischen Akademie Meißen, Anne-Kathrin Krusche, und der frühere Abgeordnete der sächsischen CDU

Herbert Schicke, der Arbeitsmediziner und Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Dr. Rudolf Mucke, der weder der SED noch der FDJ angehört hatte. Das MfS hatte 1976 Anwerbungsversuche wegen "dekonspirativen Verhaltens" aufgegeben. Die "Ehrenkommission" der Berliner Charité hielt seine Weiterbeschäftigung dennoch für "unzumutbar". Dem Hochschullehrer Hans Schmidt, dessen hohes theoretisches und international anerkanntes Wissen die Wirtschaftsuniversität Wien würdigte, wurde - wie unzähligen anderen DDR-Wissenschaftlern - "wegen mangelnden Bedarfs und mangelnder fachlicher Qualifikation" gekündigt. Nach einem vierjährigen zermürbenden und entwürdigenden Rechtsstreit um seinen Arbeitsplatz, der für den Schwerbehinderten nicht ohne gesundheitliche Folgen blieb, nahm sich Dr. Schmidt am 8. Mai 1996 durch einen Sprung aus dem 13. Stockwerk seiner Hochhauswohnung das Leben.

In der Studie wird geschildert, wie im Januar 1992 in den frühen Morgenstunden Polizisten die Wohnung des Ehepaars Fuchs in der Grunaer Straße 12 in Dresden besetzten und Otto Fuchs verhafteten. Seine Frau Martha, eine Jüdin, die KZ-Häftling gewesen war, erlitt einen schweren Nervenzusammenbruch. Die furchtbaren Erlebnisse der Nazizeit wurden lebendig. Sie glaubte, Faschisten drängen - wie nach 1933 - wieder an die Macht. Mit einem schweren Schock wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert. Die Leipziger Staatsanwaltschaft erhob gegen Otto Fuchs Anklage

wegen Rechtsbeugung und Mord. Er war 1950 in den Waldheim-Prozessen gegen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten Vorsitzender Richter gewesen. Man warf ihm vor, er habe Unschuldige zum Tode verurteilt. Mit Hilfe seines Anwalts kam er für kurze Zeit aus der Untersuchungshaft frei. Um den Richtern nicht die hämische Genugtuung an "seiner langsamen und qualvollen prozessualen Hinrichtung" zu ermöglichen, beschlossen er und seine Frau, aus dem Leben zu scheiden.

Im Abschiedsbrief hieß es: "Meine Frau würde eine Trennung von mir nicht überstehen. Ich versichere Ihnen, dass wir in meiner Strafkammer nur Kriegsverbrecher verurteilt haben und ich bin mir sicher, dass wir uns über kein Urteil schämen müssen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, alles ins Gegenteil zu verkehren und in einem Schauprozess mich zum Verbrecher zu stempeln. (...) Heute, nach einer langen Periode der Naziverbrechen, fühlen sich doch alle - und sind sie auch noch so schwer belastet - als völlig unschuldige Menschen. Die Verdrängung ging und geht ja so weit, dass Auschwitz als Lüge hingestellt wird." Am 13. Februar um 23.15 Uhr sprangen Otto und Martha Fuchs vom Balkon ihrer Wohnung aus dem siebten Stock in den Tod. Im Prozess gegen den mit angeklagten 87jährigen Otto Jürgens musste das Tribunal die Mordanklage fallen lassen. Schließlich wurde ein reines Gesinnungsurteil verhängt und der Angeklagte zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, 6.000 DM Geldstrafe und zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt. In seinem Schlusswort sagte Otto Jürgens, der bereits 1933 von der

Gestapo verhaftet und gefoltert worden war: "Die Naziverbrecher, die in Waldheim abgeurteilt wurden, hatten ihre Strafe mehr als verdient."

### **Mit der DDR fielen die Schranken**

Seit der Liquidierung der DDR geht von deutschem Boden wieder der Krieg aus, was im Nachhinein die friedenssichernde Rolle des sozialistischen deutschen Staates verdeutlicht. Bereits im September 1991 trafen sich auf einem "Fürstfeldbrucker Symposium" [88] führende Vertreter der Industrie- und Bankenwelt mit hochrangigen Generälen der Bundeswehr mit Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz an der Spitze, um das neue Expansionsprogramm zu beraten. Es verkündete die Rückkehr zu weltweiter Aggressionspolitik als Wiederherstellung der "Normalität" Deutschlands und umschrieb die Teilnahme am Kampf um den Weltherrschaftsanspruch als "Partner in Leadership" mit den USA. [89] Unmissverständlich war von Militäreinsätzen der Bundeswehr out of Area die Rede, von ihrer Umstrukturierung zur Herstellung der Einsatzfähigkeit entlang einer 4.000 km langen EU-Außengrenze, der Bildung eigener Eingreifkräfte, die das "Selbstbestimmungsrecht" von Minderheiten und "unterdrückten" Völkern durchsetzen und sich der Gefährdung von Rohstoffzufuhr, der Begegnung von Immigrationswellen und diversen ähnlichen Problemen zuwenden sollten. Dazu wurde ein neues Geschichtsbild gefordert, das mit Auschwitz und Holocaust Schluss machen und statt dessen

"Nation und Vaterland" zum Inhalt haben sollte.

In diesen Debatten wie verabschiedeten Denkschriften und ähnlichen derartigen Deklarationen wurde übrigens Klartext gesprochen, war von keinem Kampf gegen den Terrorismus die Rede. Dieser Vorwand wurde erst später mit dem 11. September 2001 geschaffen. [90]



3. Oktober 1990 - Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (M.) übernimmt vom früheren DDR-Minister für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann (l.) die Befehlsgewalt über die Streitkräfte der DDR

Foto: Bundesarchiv,  
Bild 183-1990-1003-040 / Uhlemann, Thomas / CC-BY-SA 3.0  
[CC BY-SA 3.0 de  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]

Es ging in Fürstentfeldbruck nicht nur um die Revidierung der Nachkriegsordnung, sondern weiter zurückreichend auch um die des Ersten Weltkrieges. Davon zeugte die Haltung zur Konzeption der Zerschlagung Jugoslawiens. Ru-

pert Scholz erinnerte daran, dass "der Jugoslawienkonflikt unbestreitbar fundamentale gesamtdeutsche Bedeutung" habe, da mit ihm "die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt" werden. "Aber in anderen Bereichen", so Scholz weiter, "sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen." Diese bestanden darin, dass der jugo-

slawische Staat nach dem Ersten Weltkrieg eine Barriere gegen den "Deutschen Drang nach Osten" sein sollte, welche es nach Scholz' Worten zu beseitigen galt, und dass deshalb "Kroatien und Slowenien völkerrechtlich unmittelbar anerkannt werden" müssten. Die so bezweckte Internationalisierung des Konflikts ermögliche es, so der deutsche Ex-Verteidigungsminister, international in Jugoslawien zu intervenieren, wozu die BRD dann mit der einseitigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, gefolgt von Österreich und dem Vatikan, den Weg frei machte. [91] Ins Werk setzte das der damalige bundesdeutsche Außenminister der Liberalen, Hans-Dietrich Genscher.

Dass es an der Spitze der EU um einen neuen Ritt nach Osten geht, verdeutlichte 2003 der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung [92], Ralf Fücks, als er zur Rolle der BRD im Kaukasus sagte: Die Region dürfe "nicht den Großmachtspielen Russlands und der USA überlassen" werden. [93] Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende, Gernot Erler, ergänzte, es gehe "vor dem Hintergrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region" um "die Ausarbeitung einer langfristig angelegten politischen Strategie" der "Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa". In einer Denkschrift der SPD-Grundwertekommission wurde dieser "wirtschaftliche und politische Großraum" als Hinterhof bis nach Zentralasien im Osten und dem Nahen Osten im Süden bezeichnet, in dem die "großen westlichen Nationen" wegkommen müssten von einer instabilen Ordnung unter US-Führung und statt dessen eigene Machtmittel zur Durchsetzung einer "globalen politischen Ordnung" entwickeln müssten. Und zur Rolle Deutschlands nochmals zitiert, es habe "ein legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist". Deutschland müsse "als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa" für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich "gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren". [94]

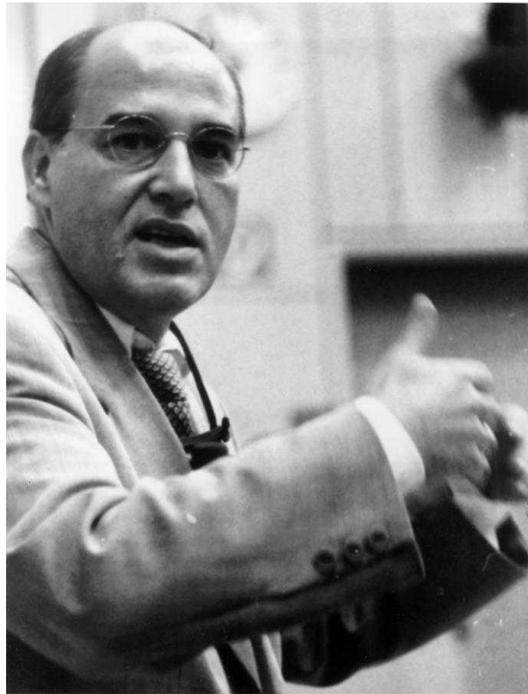
Der Politologe Dr. Uwe Halbach, wissenschaftlicher Experte des Instituts für internationale Politik

und Sicherheit und dessen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer der wichtigsten "Denkfabriken" der deutschen Außenpolitik, betonte, man wolle schließlich selbst Einfluss auf die abtrünnigen Staaten nehmen und diese nicht Russland überlassen. Zumal man mit ihrer Hilfe Russland zugleich schwächen könne. [95] Dem folgenden Kapitel vorweggenommen sei hier erwähnt, auch mit diesem Komplex hat sich die PDS/Die Linke, von üblichen gelegentlichen Einwänden, verbalen Protesten abgesehen, nie grundsätzlich auseinandergesetzt.

### Gibt es neue Erkenntnisse bei den Akteuren?

Vorab, das soll sich auf zwei Personen beschränken: Auf - und hier ein kurzes Eingehen - Gregor Gysi und ein ausführlicheres auf Hans Modrow.

Gregor Gysi war bis 1993 Vorsitzender der PDS, von 1990 bis 1998 ihrer Bundestagsgruppe und von 1998 bis 2000 ihrer Bundestagsfraktion, von 2005 bis 2015 Chef der Linksfraktion. 2002 war er fünf Monate Senator für Wirtschaft der Berliner Regierung mit der SPD und einer der Stellvertreter Klaus Wowereits. In dieser Zeit bekannte er sich zur sozialen Marktwirtschaft, nannte den Markt eine "zivilisatorische Er rungenschaft" und wandte sich gegen die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, die in der DDR keinen besonderen ökonomischen Fortschritt gebracht habe. [96] Wegen der sogenannten "Flugmeilenaffäre", der missbräuchlichen Nutzung des Bonus für Abgeordnete, musste er im August zurücktreten.



*Gregor Gysi während einer Rede an der Universität Hildesheim im Jahr 1997*

*Foto: Uebelhacker [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)]*

### Gregor Gysi: "Ein Schritt nach vorn" - wohin?

Sicher, von Gysi wird einiges hinterfragt, etwas relativiert, 'mal dieser oder jener Fehler eingeräumt, aber am grundsätzlich "richtigen Weg" des "Ankommens" im Kapitalismus wird nicht gerüttelt. Das verriet schon der Titel seines 2001 erschienenen Buches: "Ein Blick zurück. Ein Schritt nach vorn". [97] Darin räumte er zu Jugoslawien zum Beispiel ein, dass es in den USA wie in der BRD Kräfte gab, die am "Zerfall" Jugoslawiens "interessiert waren", aber dass Slobodan Milosevic mit seinem "instrumentalisierenden Nationalismus" unbestreitbar "einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet" habe.

Er kritisiert den Umgang der BRD mit den Eliten im Anschlussgebiet (was für ihn natürlich "deutsch-deutsche Vereinigung" bleibt), um mit einem Rückblick auf den "Elitenwechsel" nach 1945 festzuhalten, in beiden "deutschen Teilstaaten" (!) habe es "Fehlleistungen" beim "Elitenaustausch" und der "Bewältigung der Vergangenheit" gegeben. Dazu greift er die von westdeutscher Seite erhobenen Anschuldigungen auf und vermerkt, dass auch in der

DDR der "Umgang mit Nazi-kriegsverbrechern einer kritischen Analyse" bedürfe. "Bei den sogenannten Waldheimprozessen, in deren Verlauf von der UdSSR übergebene Nazis in Schnellverfahren verurteilt wurden", habe es "erhebliche rechtsstaatliche Defizite" gegeben. Zwar nennt er es dann "mehr als fraglich, wenn die westdeutsche Justiz, die Nazikriegsverbrecher so gut wie nie vor Gericht gebracht hat, nach der deutschen Wiedervereinigung aber den Richterinnen und Richtern der Waldheimprozesse wegen Rechtsbeugung den Prozess machte", aber, wie generell, wird erstmal die "Schuldfrage" auf beide Seiten verteilt. [98] De facto stützt das schließlich auch die von der BRD-Justiz, so vom damaligen Minister Klaus Kinkel, aber auch von Bundespräsident Wolfgang Thierse vertretene Phrase von den 60 Jahren "zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes" und damit der Gleichstellung der Regierung der DDR mit der faschistischen Diktatur.



*Klaus Kinkel, ehemaliger  
Präsident des Bundesnachrichtendienstes,  
am 28. Juni 1982 in Pullach  
Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-  
F063645-0024 / Wienke, Ulrich /  
CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]*

Eine verblüffende Erklärung gab Gysi für die von Kohl betriebene Abwicklung der DDR-Intelligenz, zu der er feststellte, dass sie sich daraus ergeben habe, "dass die BRD aus der DDR existenziell nichts benötigte", um dann zu betonen, das sei (von ihm) "kein moralischer Vorwurf", er "beschreibe hier nur einen Umstand", der, so räumt er ein, "schwerwiegende negative Konsequenzen im Rahmen des Vereinigungsprozesses hatte, und diese wären nur dann wesentlich weniger deutlich in Erscheinung getreten, wenn sich die verantwortlichen westdeutschen Eliten, insbesondere die aus der Politik, bewusst dazu entschlossen hätten, die Wirkung der Tatsache, dass aus der DDR nichts existenziell benötigt wur-

de, drastisch einzuschränken". Ich will es bei diesen Zitierungen aus dem Juristenkauerwelsch des Anwalts Gysi belassen und nur noch daran erinnern, dass sich unter den aus dem Westen importierten Eliten ranghohe Politiker befanden wie der spätere Ministerpräsident von Sachsen Biedenkopf oder, auf der etwas niederen Ebene, Prof. Wilhelm Krelle, Gründungsdekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität. Gysi betont "schlussfolgernd", wie wichtig der Kontakt "zu den heutigen Eliten" (also den aus dem Westen importierten, die die Plätze der abgewickelten "Osteliten" einnahmen) sei.

Verwundern konnte höchstens, dass Gysis Buch damals auch im Internet über "CDU-Solidarität.de" zu beziehen war, verbunden mit einem Spendenaufruf nicht für die PDS, sondern die CDU.

2015 rühmte sich Gregor Gysi schließlich, die reibungslose Integration der DDR-Bürger ins politische System der BRD sei seiner Partei und auch ihm persönlich zu verdanken. [99]

### **Hans Modrow: über "Erfahrungen und Irrtümer"**

Wie ging es mit Hans Modrow weiter? Er blieb Ehrenvorsitzender der PDS und wurde nach deren Umwandlung in die Partei Die Linke Vorsitzender ihres Ältestenrates. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Bundestages, von 1999 bis 2004 EU-Abgeordneter. [100] Gegen das Unheil, das er gegenüber den Bürgern der DDR

widerstandslos mit heraufbeschworen hatte, erhob er gelegentlich Einspruch. So wenn er in einem Schreiben an den Bundesverteidigungsminister Volker Rühe im Juli 1997 ersuchte (!), dass "der Verfolgung von Soldaten und Offizieren der Nationalen Volksarmee wie auch anderen Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die nach Verfassung und Gesetzen dieses Staates gehandelt haben, ein Ende gesetzt wird." [101] Eine Reaktion gab es nicht. Und Modrow ließ es dabei bewenden.

1998, neun Jahre später, erschien sein bereits erwähntes Buch "Ich wollte ein Neues Deutschland". Gab es Erkenntnisse, Einsichten, dass es nicht so gelaufen war, wie man es sich vorgestellt hatte, kritische Reflexionen? Zunächst fiel auf, dass sich Hans Modrow der Widersprüchlichkeit seiner Darlegungen und des ihnen zugrundeliegenden Subjektivismus wohl bewusst war und er versuchte, vorzubauen. Er bekannte "ein offenbar gestörtes Wahrnehmungsvermögen". Verständnis heischend bemühte er die vertrackte "Härte des Lebens", die darin bestehe, dass "man Erfahrungen sammelt, Irrtümer durchmacht und aus den Erfahrungen und Irrtümern gut herauskommen will. Da gebe man halt nicht gern zu", so Modrow, dass "man frühere Auseinandersetzungen nur halb oder gar nicht führte. Vor allem, wenn sich im Nachhinein auch jene Gefahr verringert, deren scheinbare Größe einen einst abhielt, wirklich mutig zu sein."

Modrow bemühte sich denn auch redlich, aus seinen "Erfahrungen und Irrtümern" gut herauszukommen. Sein "Wahrnehmungsver-

mögen" zu entstoren, gelang ihm dabei allerdings nur sehr bedingt, und das auch nur, wenn er seinen Werdegang in der DDR reflektierte. Sicher, da gehörte er nicht zu denjenigen in seiner Partei, die sich für ihr in der DDR gelebtes Leben und für die Politik, die sie mitgetragen hatten, ständig entschuldigten. Er bekannte sich, wenn auch mit manchem Wenn und Aber, zur DDR und stellte viele ihrer Errungenschaften heraus. So ist ihm die "große Aufbruchsstimmung" Anfang der fünfziger Jahre, "der eingreifende Enthusiasmus jener Tage" als "eine der entscheidenden Empfindungen meines Lebens im Gedächtnis geblieben", schrieb er und fügte hinzu: "Wir sahen uns damals keineswegs als Instrumente einer fremden Politik, sondern als kräftige Subjekte, die von der ganz neuartigen Beherrschbarkeit der gesellschaftlichen Sphäre träumten", die vorhatten, "eine ganz neue, ausbeutungsfreie, kriegsfreie und faschismusabstinente Realität zu schaffen."

Waren es nur Träume? Waren die erreichten Ergebnisse gering zu schätzen? Waren die Bodenreform, die Beseitigung der Herrschaft des Kapitals und damit der Ausbeutung, die antifaschistischen Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht tiefgreifende revolutionäre Veränderungen? Nein, korrigierte Modrow, dessen Sicht jetzt von den reformistischen Positionen der PDS bestimmt wurde. Denn der DDR revolutionäre Umwälzungen zuzugestehen, hätte sie nicht nur vor der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einschließlich ihrer unter diesem Gesichtspunkt unvermeidlichen Missstände und Gebrechen reha-

bilitiert, sondern auch ihre Errungenschaften zum Maßstab der Einschätzung und des Handelns der Partei Modrows gemacht. "Was wir Revolution nannten, waren zu wesentlichen Teilen nur die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die im Osten konsequent verwirklicht wurden", hieß es, womit der Autor das vorher herausgestellte "kräftige Subjekt" der DDR-Geschichte ganz kräftig abwertete.

Wer den Platz der DDR in der Geschichte der jahrhundertelangen Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten von revolutionären Positionen aus einschätzen will, wird zwangsläufig nicht um die Erkenntnis herumkommen, dass sie trotz aller Defizite die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes war. Die historische Bedeutung der DDR wird bei all ihren Deformationen und Missbildungen, von denen die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit in weit schlimmerem Maße heimgesucht wurden, gerade im Nachhinein, nach ihrer Zerschlagung, an den Versuchen deutlich, alles, was sie hervorgebracht hatte, auszurotten und aus dem Gedächtnis der Menschen zu tilgen.

Solche Er- und Bekenntnisse suchte man bei Modrow vergebens. Bei vielen richtigen und kritischen Anmerkungen zu Demokratiedefiziten und Entartungen der ersten staatlichen Sozialismusgestaltung auf deutschem Boden, auch als Frühsozialismus eingeschätzt, fehlte eine Antwort auf die oft gestellte Frage, wie viel anders diese DDR denn unter den Bedingungen der erbitterten

kalten Kriegsauseinandersetzung, der Abhängigkeit von der ökonomisch schwachen UdSSR und angesichts des übermächtigen westdeutschen Gegners hätte aussehen können?

Bedeutend problematischer wurde es, wenn Modrow dann seine Haltung und sein Handeln im Herbst 1989 als Bezirkssekretär in Dresden und danach vom November 1989 bis März 1990 als Ministerpräsident zu erklären und zu rechtfertigen suchte. Er versuchte, den Eindruck zu vermitteln: So lief es ab, "es hätte gar nicht anders kommen können".

Anzufügen wäre noch, dass Modrow nun nicht etwa korrigierte, den konterrevolutionären Ambitionen von "Runden Tisch"-Vertretern nicht Einhalt geboten zu haben, sondern "selbstkritisch" festhält, sich dem "Druck des Runden Tisches" erst "relativ spät" gebeugt zu haben. Ein früheres Nachgeben hätte ihm, so spekulierte er, "von bestimmter oppositioneller Seite", wenn auch nur kurzzeitig, wie er einräumt, "Kredit an Vertrauen" eingebracht.

Wenn Modrow dann das "Ausmaß an Verrat" beklagt, den Führungsoffiziere der HVA begingen, dann fehlt jedes Eingehen darauf, wie er sein Verhalten, das die DDR schutzlos den Geheimdiensten der BRD und USA auslieferte, einschätzt. Statt dessen feierte er den Bericht des "Runden Tisches" über die von diesem durchgesetzte, von ihm danach angeordnete Auflösung des MfS als "eine Einmaligkeit".

Im Mai 1999 verurteilt Modrow natürlich wie Gysi und die PDS,

dass die BRD sich in den Fußstapfen der Hitlerwehrmacht am Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligte. Er konstatierte, dass die Bundeskonferenz der Grünen bei "beachtlichem" Widerspruch das "Kriegskabinett" unterstützt. Dass sich ihnen auch frühere "Bürgerrechtler" aus der DDR, die doch vorgegeben hatten, einen "besseren Sozialismus" zu wollen, angeschlossen hatten, kam ihm nicht in den Sinn. Stattdessen verteidigte er die "Vision" der PDS "für Europa" und ihr "Ja zur europäischen Integration" und vergaß dabei völlig, dass dieses Europa gerade den Aggressionskrieg führte, den er vorher verurteilt hatte. Dann schwafelte Modrow munter, diese PDS wolle, dass diese EU ein "sozial gerechtes, demokratisches und umweltbewahrendes Europa" wird. "Wir wollen einen Kontinent freundlich verbundener Völker und gleichberechtigter Staaten", schwadronierte er weiter. Kein Wort zur Verurteilung, dass Jugoslawien, wo die Völker Jahrzehnte friedlich in einem Bundesstaat zusammenlebten, mit Bomben zerschlagen, der Nationalismus geschürt und diese Völker nach dem alten imperialistischen "Teile- und herrsche"-Grundsatz aufeinandergehetzt wurden. [102]

Auch ein halbes Jahr später - die Ereignisse von 1989 lagen zehn Jahre zurück - waren keine selbstkritischen Reflexionen zu erkennen. Im Gegenteil, er sah sich "nicht als gescheitert". In seiner durch Vertreter des "Runden Tisches" erweiterten "Regierung der Nationalen Verantwortung" hätten sich alle Minister redlich darum bemüht, "die Demokratie von unten mit der Demokratie von oben zu verbinden". [103] Er

verstieg sich zu der Aussage, "in der ganzen Geschichte der DDR hat es keine Phase gegeben, in der so viele demokratische Gesetze beschlossen wurden". Da kann man nur den Kopf schütteln. Auch wenn Modrow mit der Frage, dass die Zeit vielleicht nicht genügend genutzt wurde, "um den Ungerechtigkeiten der staatlichen Vereinigung [104] vorzubeugen", versuchte, das einzuschränken, blieb das eine an jeder Realität vorbeigehende Selbstüberschätzung.

Dann machte er sich noch zum Fürsprecher der Osterweiterung der EU, bei der es "um den künftigen politischen Einfluss [105] in einem größer werdenden Europa" gehe. Dass dieses Europa kommt, war "für ihn ausgemacht" und er nahm es ebenso an, wie er 1990 die "deutsche Einheit" hingenommen hatte. Er hatte folglich auch nicht vor, etwas dagegen zu unternehmen. Es blieb bei seinem frommen Wunsch zu helfen, dass diese Vereinigung in erster Linie im Interesse der Völker und nicht der Profite einer immer kleineren Zahl von nur auf "Shareholder Value" fixierten "Global Players" ist. [106] Es war das typische Lavierieren eines Sozialdemokraten mit linkem Outfit, der auf diesen Positionen die Interessen des Kapitals vertritt, was Modrow sicher so nicht wollte, es aber so war.

### **Lenin zum Opportunismus**

Wo liegen die Ursachen für diese Denk- und Verhaltensweisen? Eine dürfte bei Modrow wie Gysi und anderen auch - wenn auch mit unterschiedlichen Wirkungen - darin bestehen, dass er mit seinen Diäten, die er als Bundestagsmit-

glied wie Abgeordneter der EU jahrelang einsteckte, zwangsläufig zur "bevorrechteten Arbeiteraristokratie" gehörte. Er wurde damit, ob er sich dessen bewusst war, soll hier dahingestellt bleiben, Träger eines bestimmten gesellschaftlichen Bewusstseins, das, wie Lenin es vor über 100 Jahren charakterisierte und wie die Haltung der sogenannten "Reformer" einst in der PDS, heute in der Partei Die Linke es nachhaltig beweist, noch voll gültig zutrifft. Dass es nämlich in den Kompromiss mit der Bourgeoisie mündet, in charakteristische Momente wie: "Zusammenarbeit der Klassen, (...) Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber". [107]

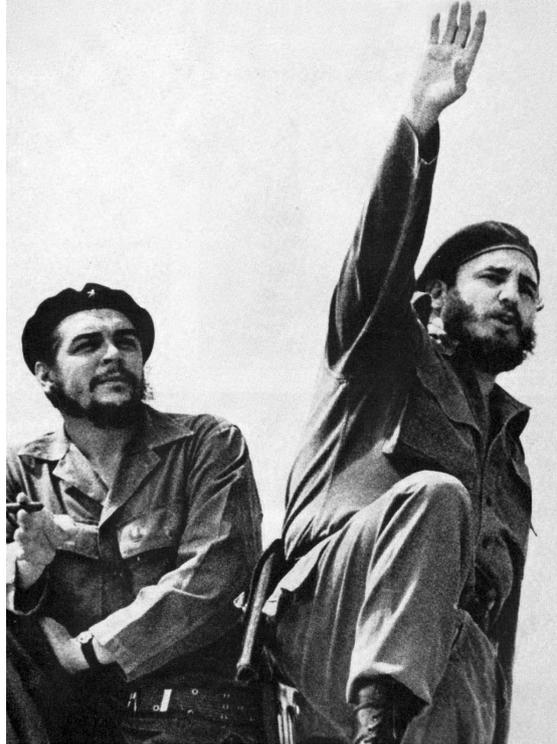
Wie Lenin darlegte, ist der "Reformismus" die Taktik der Opportunisten. Reformen sind aber kein Selbstzweck. Der Kampf um sie dient der Erhöhung des Organisationsgrades der Klasse, um den "Kampf gegen die Lohnsklaverei noch hartnäckiger fortzusetzen". [108] Der Reformismus dagegen, so auch der 1989/90 und weiterhin bis heute von den "Reformern" betriebene, verkauft die Reformen als Verbesserung des Lebens im Kapitalismus. [109] Er ist das Mittel, "die Arbeiter mit Hilfe von Almosen zu spalten, sie zu täuschen, vom Klassenkampf abzulenken". Davon ausgehend ist die Partei "Die Linke" von ihrer von der Führung bestimmten Programmatik, wenn man es auf den Punkt bringt, eine opportunistische Partei, die proimperialistische Positionen vertritt bzw. zum Ausdruck bringt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass

Krisen des Kapitals, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeiten thematisiert werden und davon die Rede ist, dass die Arbeiter "ihre Einkommen, Arbeitsbedingungen und ihre soziale Absicherung durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche Regelungen (verbessern), um so die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung" zu beschränken [110], wohlgermerkt, nicht zu überwinden.

### Doch nun Korrekturen

30 Jahre nach dem Untergang der DDR, der unter seiner Regierung einsetzte, reflektiert Hans Modrow Fragen nach seiner Sicht auf die zurückliegende Entwicklung und korrigiert Aspekte seiner bisherigen Positionen. Interessant ist, dass das mit Blick auf Kuba geschieht. [111] Da spiegelt sich nun wider, dass er unter nicht wenigen Gesichtspunkten doch in der DDR verwurzelt bleibt und davon manches hängen geblieben ist. Zu Kuba hatte er in DDR-Zeiten schon ein enges Verhältnis und bezog, davon ausgehend, auch nach 1989/90 immer antiimperialistische Positionen und bezeugte ihm Solidarität. [112] Zu den progressiven Positionen, die in der PDS bewahrt wurden, gehörte 1991 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft "Cuba Si", die u. a. die Spendenkampagne "Milch für Kubas Kinder" startete. "Manches von dem, was wir in der DDR - natürlich mit ganz anderen Möglichkeiten - an praktischer Solidarität mit den Menschen und dem revolutionären Prozess in Kuba begonnen haben, wird heute von engagierten Aktivisten (des Netzwerkes Kuba) weitergeführt", hebt Modrow hervor. Das persönliche Engagement

Modrows in der Fortsetzung dieser Solidarität würdigte Kuba im Februar 2019 mit der Verleihung des "Orden der Solidarität der Republik Kuba" an Modrow.



*Fidel Castro, hier 1961 mit Che Guevara in Havanna, warnte frühzeitig vor Gorbatschows Perestroika*

*Foto: Alberto Korda [Public domain] via Wikimedia Commons*

Herauszustellen ist, dass Modrow frühere Einschätzungen zu Gorbatschows Perestroika-Kurs und -Reformen korrigiert und erklärt: "Nach dem, was mir heute bekannt ist, bin ich mit nichts von dem einverstanden, was Gorbatschow in die Wege geleitet hat. Denn alles war von Anfang an auf Täuschung angelegt. Er selbst hat Ende der 1990er Jahre erklärt, dass es immer sein Ziel gewesen sei, mit der Perestroika den Sozialismus zu vernichten. Dies zeigt die Absicht des Verrats und die Charakterlosigkeit Gorbatschows." Und er hält fest, dass

Castro (im Gegensatz zur DDR und auch seiner Regierung, was nicht erwähnt wird) diese Zielstellung Gorbatschows frühzeitig erkannte und schon im Juli 1988 die Perestroika als "gefährlich" und den "Prinzipien des Sozialismus entgegengesetzt" einschätzte und dass seine "Analyse ihn und die kubanische Partei davor bewahrt haben, Schritte zu unternehmen, die für Kuba hätten gefährlich werden können". [113]

Modrow geht auf viele Faktoren ein, die Grundlage des Überlebens Kubas in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus nicht erst nach dem Untergang der UdSSR und des Ostblocks waren. Dabei klammert er in seinem Gespräch mit Hermsdorf zwei entscheidende Frage aus: Die Sicherung der führenden Rolle der kommunistischen Partei und wie diese, mit Castro beginnend, immer dem Volk die Wahrheit über alle Probleme, aufgezwungene soziale Härten und drohende Gefahren und wie man ihnen begegnen musste, sagte. Beide Fragen berühren, dass Modrow sich dann auch dazu äußern müsste, wie er dazu in der "Wende"-Zeit als Ehrenvorsitzender seiner Partei (der PDS) und Regierungschef handelte. Der DDR-Bevölkerung wurde in dieser Zeit eine "revolutionäre Umgestaltung" vorgegaukelt. Sie wurde über die beim Anschluss an die BRD drohenden sozialen Auswirkungen im Grunde genommen im Unklaren gelassen. Die Macht wurde mit dem

Oppositionsgremium des Runden Tisches geteilt, die SED in eine sozialdemokratisch orientierte - wie von Gregor Gysi offen erklärt - nichtkommunistische Linkspartei umgewandelt, jede Zusammenarbeit mit der DKP abgelehnt, das MfS den Medien "zum Fraß vorgeworfen", die bewaffneten Kräfte wurden jeder Aktionsfähigkeit beraubt.

Damit sollen die generell positiven Gesichtspunkte der Darlegungen Modrows nicht in den Hintergrund gestellt werden. Er greift die Einschätzung des westdeutschen Publizisten Paul Sethe von 1965 auf, dass Pressefreiheit in den kapitalistischen Ländern "die Freiheit von 200 reichen Leuten ist", fügt hinzu, dass das heute "viel schlimmer" ist und verweist auf die mediale Legitimierung der NATO-Kriege gegen Jugoslawien. Fühlt sich dabei aber doch bemüßigt, wieder einzublenden, dass es "Angepaßtheit und Uniformiertheit in der Berichterstattung" auch in der DDR lange Zeit gab. Sicher, das ist richtig, aber da diene es nun nicht der "Vorbereitung und Rechtfertigung militärischer Einsätze und Kriege".

Er vermerkt kritisch, dass der Beitritt der DDR zur BRD auf der Grundlage des GG als eines "Provisoriums", das keine Verfassung war, erfolgte, während in der DDR 1964 eine Verfassung, die vorher "in tausenden Versammlungen" diskutiert wurde, angenommen wurde. Es soll dahin gestellt bleiben, ob es illusorisch ist anzunehmen, in der BRD könnte heute, wie Modrow andenkt, "eine Verfassungsdebatte" angestoßen werden und ob sich in einem solchen Prozess zeigen würde,

"wie demokratisch diese Bundesrepublik wirklich ist". Eine Seite später kommt er der Sache schon näher, wenn er festhält, dass es in dieser Bundesrepublik "unvorstellbar" (ist), dass "die Belegschaften der Betriebe sich an gesellschaftlichen Debatten beteiligen dürfen, obwohl sie davon betroffen sind".

Er vergisst hinzufügen, dass das in den Volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR gang und gäbe war, enthüllt aber, dass es nach der "Wende" eine hemmungslose Zunahme sozialer Ausbeutung und Unterdrückung in Westdeutschland gab, dass es diese Erscheinungen, solange die DDR bestand, "nicht gab", und die Gewerkschaften im Westen in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern verdeckt oder offen auf soziale Standards in der DDR verweisen konnten, was "häufig nicht ohne Wirkung geblieben" sei, und dass die DDR mit ihren "sozialen Leistungen" auch "in das Bundesgebiet" wirkte. "Welche Urteile es auch immer über den realen Sozialismus gibt, er hat den brutalsten Formen kapitalistischer Ausbeutung Grenzen gesetzt - und das gilt nicht nur für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten", so Modrow weiter, der fortfährt: "Die schon von Marx gestellte Frage nach Platz und Rolle des Eigentums war und bleibt die Kernfrage gesellschaftlicher Entwicklung. Eine soziale und gerechte Gesellschaft braucht ein gesellschaftliches Eigentum, auf dessen Grundlage soziale Gerechtigkeit gestaltbar ist." Und er kontert auch, "notwendig ist zunächst eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse und dann steht die Frage ihrer Kontrolle an". Das ist

schon eine grundsätzliche Abkehr von opportunistischen Positionen, wie sie Gysi und seine Anhänger vertreten.

Modrow geht auf brennende Fragen der vom Imperialismus geschürten Kriegsgefahr ein. Er konstatiert, dass es "die zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion - zwischen NATO und Warschauer Vertrag - überschaubar geteilte Welt" heute "so nicht mehr" gibt. Dass die angefügte Wertung, dass die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder besonders an dem von den USA angezettelten Wettrennen "wirtschaftlich zerbrochen sind", von anderen Ursachen ablenkt, soll hier dahin gestellt bleiben. Er enthüllt das Weltherrschaftsstreben der USA und das der die EU dominierenden BRD, so am Beispiel der Haltung gegenüber Rußland und der Einflussnahme auf die Entwicklung in der Ukraine, wo "der Faschismus zum ersten Mal seit 1945 in Europa ganz offen wieder als Option in Erscheinung getreten" ist und "das Rußlandfeindbild neue Impulse" erhält. Er bejaht nicht nur die Gefahr der zunehmenden "Aggressivität des Imperialismus, über 100 Jahre nach Beginn des ersten und rund 75 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges", sondern befürchtet "ihren Ausbruch". Richtig vermerkt Modrow, dass bei der Hervorhebung der Rolle Russlands seit dem Amtsantritt Putins bei der Zurückdrängung des Einflusses der USA dessen Bestrebungen "nicht auf eine Stärkung der Linksentwicklung" gerichtet sind.

Ausführlich befasst sich Modrow mit der Frage, wird sich Kuba mit den vielfältigen Maßnahmen bis

zum klug und rechtzeitig eingeleiteten Generationswechsel in der Führung gegen den Aggressionskurs der USA behaupten? Dabei fällt wie schon erwähnt auf, dass er mit keinem Wort darauf eingeht, dass der entscheidende Faktor ist und bleibt, die führende Rolle der kommunistischen Partei in diesem Prozess zu sichern. Dasselbe trifft auf China wie auch Vietnam zu.

Summa summarum kann man am Ende dieser Recherche nur begrüßen, dass Hans Modrow diesen Weg des Nachdenkens und Korrigierens einschlägt und wünscht, dass er ihn weiter geht und damit dazu beiträgt, dass dem in seiner Partei vorherrschenden Rechtskurs Einhalt geboten wird und die Linken Auftrieb erhalten.

#### Anmerkungen:

[88] Veranstaltet von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der Führung der Hardthöhe und der rechtsaußen angesiedelten Clausewitz-Gesellschaft.

[89] Tobias Pflüger: Generalstab in Aktion. "jW", 12. Jan. 2002.

[90] Arnold Schölzel: Das Schweigekartell. Fragen & Widersprüche zum 11. September. Berlin 2002. Weiter: James H. Hatfield: Das Bush-Imperium, Bremen 2002; Jean-Charles Brisard/Guillaume Dasquié: Die verbotene Wahrheit. Zürich/München 2002; Wolfgang F. Haug (Hg.): Angriff auf die Freiheit?, Grafenau 2001; Ekkehard Saueremann: Neue Weltkriegsordnung, Bremen 2002; Ronald Thoden (Hg.): Terror und Staat. Der 11. September, Berlin 2004.

[91] Ulrich Sander: Die Macht im Hintergrund. Papyrossa Verlag 2004, S. 114.

[92] Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die Parteistiftung von Bündnis 90-Die Grünen. Der hier wiedergegebene Standpunkt beweist die feste Integration der Partei, von der Vertreter an der konterrevolutionären "Wende" in der DDR mitwirkten, in die weltweite Expansionspolitik der BRD.

[93] Anton Latzo: Die Anziehungskraft des Schwarzen Meeres. "jW", 11. Febr. 2004.

[94] Latzo, a. a. O.

[95] Uwe Halbach: Der Kaukasus in neuem Licht, SWP-Studie, Berlin Nr. 11/2005.

[96] "Der Spiegel", 10. Januar 2002.

[97] Gregor Gysi: Ein Blick zurück, Ein Schritt nach vorn. Hamburg 2001.

[98] Siehe unter "Die Toten der friedlichen Revolution", wie diese Unterstellung - die sich als haltlos erwies - den früheren Richter in den Waldheimer Prozessen Otto Fuchs und seine von den Nazis verfolgte jüdische Frau in den Tod trieb.

[99] "Junge Welt", 30. Dezember 2015.

[100] Hans Modrow: Von Schwerin bis Strasbourg. Edition ost, Berlin 2001.

[101] "Verfolgung von Angehörigen der NVA beenden", "ND", 23. Juli 1997.

[102] "Unsere Zeit", Gespräch mit Hans Modrow, 28. Mai 1999.

[103] Lassen wir dahin gestellt, was darunter zu verstehen sein soll.

[104] Selbst in diesem Satz wird schon wieder die Wahrheit verdreht, denn es war, selbst nach dem Grund-

gesetz, keine Vereinigung, sondern ein Anschluss (Beitritt).

[105] Den Einfluss von wem, wäre zu fragen, und in wessen Interesse Modrow hier spricht. Siehe dazu die folgenden Aussagen Lenins zum Opportunismus.

[106] Hans Modrow: "Demokratie von unten und oben verbinden", Neues Deutschland, 17. November 1999.

[107] "Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, Lenin, Werke, Bd. 22, S. 111.

[108] Und es geht hier um keine Theoretisierung, sondern ins Konkrete übertragen ging es 1989/90 darum, zu verhindern, dass die arbeitenden Menschen der DDR kampfflos dem Joch der "Lohnsklaverei" ausgeliefert wurden.

[109] "Marxismus und Reformismus", LW, Bd. 19, S. 363.

[110] [www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm](http://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm)

[111] Nachzulesen in dem bereits angeführten Buch Volker Hermsdorfs.

[112] Ich will hier nicht beckmessen, aber es ist schon so, dass Positionen der Solidarität mit dem Volk Kubas, das seine sozialistische Ordnung gegen die Angriffe der USA verteidigt, kein Internationalismus sind und er auch, wie ich das im Weiteren darlege, einem klaren Bekenntnis zur führenden Rolle der KP Kubas ausweicht. Das wird auch in der Führung Kubas, für die die Solidarität Modrows eine wertvolle Hilfe war und ist, so gesehen, wie mir der bereits erwähnte Heinz Hammer mehrfach sagte.

[113] Eine solche Sicht hatte Modrow 1989/90 eben gefehlt, wurde ihm wohl mehr durch den Ein-

**MEDIEN / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

**Pressenza im Jahr 2020 - Mit vereinten Kräften!**

*von Dario Lo Scalzo, 5. Januar 2020*

Seit nunmehr zehn Jahren berichtet die internationale Presseagentur Pressenza über Menschenrechte, Ungleichheit, Diskriminierung, Umweltthemen, Abrüstung und Gewaltfreiheit.

Tag für Tag haben wir uns immer wieder mit diesen Themen befasst, die in der italienischen und internationalen Medienlandschaft sehr oft stiefmütterlich behandelt, wenn nicht sogar komplett ignoriert werden. Wir haben uns bemüht, ein nicht vertretbares Vakuum an Informationen seitens der großen Medien auf Grundla-

ge der Säulen zu füllen, auf denen die Humanität, die Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen ruhen.

Wir sind stolz auf unsere Art des freien, humanen und menschen-nahen Journalismus. Dafür haben wir uns in der Redaktion entschieden und wir möchten ihn nach außen zu möglichst vielen anderen Personen, Journalisten und Aktivist\*innen tragen. Im Verlauf dieser zehn Jahre des kämpferischen Journalismus für die Menschenrechte haben wir Anklage erhoben, indem wir den Minderheiten und denjenigen, die durch das sozioökonomische Modell schwach oder arm geworden sind, eine Stimme gegeben haben. Wir haben jedoch auch von der Hoffnung berichtet, indem wir gezeigt haben, welche Schönheit den Menschen innewohnt.

Weiterhin haben wir unsere Werte verbreitet und wir haben sie vereint - sozusagen im Sinne einer Investition in die Menschen. Und so ist es uns bis zu diesem Jahr 2020 gelungen, ein Netzwerk von Journalisten und Aktivist\*innen - dem Netzwerk der MediAktivist\*innen [1] - zu knüpfen, allesamt angetrieben von der Tatsache, dass es heute mehr als jemals zuvor gilt, sich zu vereinen, die Verschiedenartigkeit um gemeinsame Werte herum zu bündeln und sich zusammenzuschließen, um

auf vielfältige Weise eine gerechtere und humanere gesellschaftliche Realität zu zeichnen.

Es gibt heute bereits viele Menschen, die durch eine neue Wahrnehmung wachgerüttelt sich auf den Weg hin zu einer anderen Welt gemacht haben.

Es ist unsere Hoffnung, dass sich - auch dank der Bereitstellung unserer freien und kostenlosen Informationen und Inhalte - noch mehr Menschen verschiedenster Herkunft anschließen, um einen wahrhaft neuen Humanismus zu schaffen.

Mit vereinten Kräften!

*Video:*

<https://youtu.be/TzlrOvsDvOo>

Anmerkung der Pressenza-Redaktion: Im Video sehen wir Eindrücke verschiedenster Demonstrationen und Mobilisierungen aus Italien und anderswo in der Welt, bei denen Menschen für Würde, Menschenrechte, Klimaschutz, Gleichheit und Freiheit auf die Strassen gehen. Zu Wort kommt auch Ada Colau, Bürgermeisterin von Barcelona, die das ausdrückt, was wir uns alle wünschen: wir brauchen einen neuen Humanismus, jenseits der Politik, um das Leben auf diesem Planeten zu verteidigen und zu be-

*Fortsetzung von Seite 23:*

fluss, den Gregor Gysi ausübte, verwehrt. Wie bereits angeführt (siehe Hans Modrows "Deutschland einig Vaterland"), hatte er Gorbatschow noch 1991 nicht durchschaut und das Verhältnis zu ihm als "ein herzliches persönliches" bezeichnet, ein "konstruktives Arbeitsklima" gelobt und ihn als einen Menschen gesehen, der "in großen Maßstäben" denkt, der ein "sehr komplexes Denken hat".

\*

**Quelle:**

© 2020 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/meinung/gmsp0021.html>



# Schattenblick

**Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert**

**Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe**

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:  
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide  
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00  
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag**

**Redaktion Schattenblick**

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: [redaktion@schattenblick.de](mailto:redaktion@schattenblick.de)

Internet: [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de)

**Schattenblick Wochendruckausgabe**

**- fassen, lesen und begreifen -**

schützen. Dafür steht auch Pressenza und alle, die daran mitarbeiten.

Die Übersetzung aus dem Französischen wurde von Silvia Sander vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

**Anmerkung:**

[1] <https://docs.google.com/document/d/17Sz2nlSOU4lWB9N3vK2S2dIBDv7fPJ00QEIP0PXhDlG/edit>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/meinung/mmsp0063.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

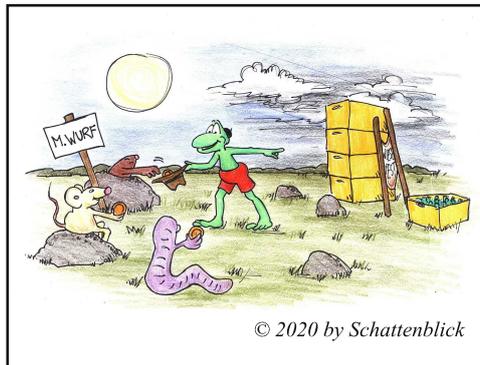
**Inhalt** Ausgabe 3136 / Dienstag, den 7. Januar 2020

- 1 EUROPOOL - MEINUNGEN:  
Es wurde Markt - Die EU und ihr Hinterhof (Pressenza)
- 5 POLITIK - KOMMENTAR:  
Irak Iran - USA und übrige im Vorkrieg um Ressourcen ...
- 7 SCHACH-SPHINX: Unsinnigkeit aller Schranken
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Erdogan - offensive Strategie ...
- 10 UMWELT - REDAKTION:  
Erderwärmung - Gegenwehr unzureichend ...
- 12 UMWELT - INTERNATIONALES:  
Abholzung und Sterben im Amazonas gehen weiter (poonal)
- 13 GEISTESWISSENSCHAFTEN - MEINUNGEN:  
"Wende"-Zeiten in der DDR - 3. Teil (Gerhard Feldbauer)
- 24 MEDIEN - MEINUNGEN:  
Pressenza im Jahr 2020 - Mit vereinten Kräften! (Pressenza)
- 26 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 7. Januar 2020

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 7. Januar 2020**

Vorhersage für den 07.01.2020 bis zum 08.01.2020



Sonnenschein und Wolkenfelder, starker Wind macht dann den Rest. Jean-Luc sammelt Laubengelder für das große Wiesenfest.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: [ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel  
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.